

Amtsblatt

der Europäischen Union

C 240

51. Jahrgang

Ausgabe
in deutscher Sprache

Mitteilungen und Bekanntmachungen 19. September 2008

| <u>Informationsnummer</u> | Inhalt | Seite |
|---|---|-------|
| II <i>Mitteilungen</i> | | |
| MITTEILUNGEN DER ORGANE UND EINRICHTUNGEN DER EUROPÄISCHEN UNION | | |
| Kommission | | |
| 2008/C 240/01 | Keine Einwände gegen einen angemeldeten Zusammenschluss (Sache COMP/M.5267 — Sun Capital/SCS Group) ⁽¹⁾ | 1 |
| 2008/C 240/02 | Keine Einwände gegen einen angemeldeten Zusammenschluss (Sache COMP/M.5308 — Teck Cominco/Fording Canadian Coal Trust) ⁽¹⁾ | 1 |
| IV <i>Informationen</i> | | |
| INFORMATIONEN DER ORGANE UND EINRICHTUNGEN DER EUROPÄISCHEN UNION | | |
| Kommission | | |
| 2008/C 240/03 | Euro-Wechselkurs | 2 |
| 2008/C 240/04 | Stellungnahme des Beratenden Ausschusses zu beschränkenden Methoden und dominanten Positionen erlassen in der Sitzung vom 25. Januar 2008 betreffend den Entscheidungsvorschlag hinsichtlich Sache COMP/B-1/39.326 — E.ON: Siegelbrüche (2) — Berichterstatter: Belgien | 3 |
| 2008/C 240/05 | Abschlussbericht der Anhörungsbeauftragten in der Sache COMP/B-1/39.326 — E.ON Energie AG (Nach Artikel 15 und 16 des Beschlusses 2001/462/EG, EGKS der Kommission vom 23. Mai 2001 über das Mandat von Anhörungsbeauftragten in bestimmten Wettbewerbsverfahren — ABl. L 162 vom 19.6.2001, S. 21) | 4 |

DE

| <u>Informationsnummer</u> | Inhalt (Fortsetzung) | Seite |
|---------------------------|--|-------|
| 2008/C 240/06 | Zusammenfassung einer Entscheidung der Kommission vom 30. Januar 2008 in einem Verfahren nach Artikel 23 Absatz 1 der Verordnung (EG) 1/2003 des Rates (Sache COMP/B-1/39.326 — E.ON Energie AG) | 6 |

INFORMATIONEN DER MITGLIEDSTAATEN

| | | |
|---------------|--|----|
| 2008/C 240/07 | Angaben der Mitgliedstaaten über staatliche Beihilfen, die auf der Grundlage der Verordnung (EG) Nr. 70/2001 der Kommission über die Anwendung der Artikel 87 und 88 des EG-Vertrags auf staatliche Beihilfen an kleine und mittlere Unternehmen gewährt werden ⁽¹⁾ | 8 |
| 2008/C 240/08 | Angaben der Mitgliedstaaten zu staatlichen Beihilfen, die nach der Verordnung (EG) Nr. 1628/2006 der Kommission über die Anwendung der Artikel 87 und 88 des EG-Vertrags auf regionale Investitionsbeihilfen der Mitgliedstaaten gewährt werden ⁽¹⁾ | 10 |

V *Bekanntmachungen*

VERFAHREN ZUR DURCHFÜHRUNG DER WETTBEWERBSPOLITIK

Kommission

| | | |
|---------------|---|----|
| 2008/C 240/09 | Staatliche Beihilfe — Italien — Staatliche Beihilfe C 36/08 (ex NN 33/08) — Staatliche Beihilfe zugunsten des integrierten Kraftwerks im Sulcis — Aufforderung zur Stellungnahme gemäß Artikel 88 Absatz 2 des EG-Vertrags ⁽¹⁾ | 14 |
| 2008/C 240/10 | Vorherige Anmeldung eines Zusammenschlusses (Sache COMP/M.5005 — Galp Energia/ExxonMobil Iberia) ⁽¹⁾ | 24 |
| 2008/C 240/11 | Vorherige Anmeldung eines Zusammenschlusses (Sache COMP/M.5520 — Eni/Distrigaz) ⁽¹⁾ | 25 |

Hinweis für den Leser (siehe dritte Umschlagseite)



⁽¹⁾ Text von Bedeutung für den EWR

II

(Mitteilungen)

MITTEILUNGEN DER ORGANE UND EINRICHTUNGEN DER EUROPÄISCHEN
UNION

KOMMISSION

Keine Einwände gegen einen angemeldeten Zusammenschluss

(Sache COMP/M.5267 — Sun Capital/SCS Group)

(Text von Bedeutung für den EWR)

(2008/C 240/01)

Am 8. August 2008 hat die Kommission entschieden, keine Einwände gegen den obengenannten angemeldeten Zusammenschluss zu erheben und ihn insofern für mit dem Gemeinsamen Markt vereinbar zu erklären. Diese Entscheidung stützt sich auf Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe b der Ratsverordnung (EG) Nr. 139/2004. Der vollständige Text der Entscheidung ist nur auf Englisch erhältlich und wird nach Herausnahme eventuell darin enthaltener Geschäftsgeheimnisse veröffentlicht. Er ist erhältlich:

- auf der Europa-Wettbewerb-Website (<http://ec.europa.eu/comm/competition/mergers/cases/>). Diese Website ermöglicht, einzelne Entscheidungen der Fusionskontrolle aufzufinden, einschließlich Suchmöglichkeiten nach Unternehmen, Fallnummer, Datum und Sektor,
- in elektronischem Format auf der EUR-Lex Website unter der Dokumentennummer 32008M5267. EUR-Lex ist der Online-Zugang für das Gemeinschaftsrecht (<http://eur-lex.europa.eu>).

Keine Einwände gegen einen angemeldeten Zusammenschluss
(Sache COMP/M.5308 — Teck Cominco/Fording Canadian Coal Trust)

(Text von Bedeutung für den EWR)

(2008/C 240/02)

Am 12. September 2008 hat die Kommission entschieden, keine Einwände gegen den obengenannten angemeldeten Zusammenschluss zu erheben und ihn insofern für mit dem Gemeinsamen Markt vereinbar zu erklären. Diese Entscheidung stützt sich auf Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe b der Ratsverordnung (EG) Nr. 139/2004. Der vollständige Text der Entscheidung ist nur auf Englisch erhältlich und wird nach Herausnahme eventuell darin enthaltener Geschäftsgeheimnisse veröffentlicht. Er ist erhältlich:

- auf der Europa-Wettbewerb-Website (<http://ec.europa.eu/comm/competition/mergers/cases/>). Diese Website ermöglicht, einzelne Entscheidungen der Fusionskontrolle aufzufinden, einschließlich Suchmöglichkeiten nach Unternehmen, Fallnummer, Datum und Sektor,
 - in elektronischem Format auf der EUR-Lex Website unter der Dokumentennummer 32008M5308. EUR-Lex ist der Online-Zugang für das Gemeinschaftsrecht (<http://eur-lex.europa.eu>).
-

IV

(Informationen)

INFORMATIONEN DER ORGANE UND EINRICHTUNGEN
DER EUROPÄISCHEN UNION

KOMMISSION

Euro-Wechselkurs ⁽¹⁾**18. September 2008**

(2008/C 240/03)

1 Euro =

| Währung | Kurs | Währung | Kurs |
|------------------------|---------|--------------------------------|-----------|
| USD US-Dollar | 1,4502 | TRY Türkische Lira | 1,8540 |
| JPY Japanischer Yen | 151,96 | AUD Australischer Dollar | 1,7961 |
| DKK Dänische Krone | 7,4602 | CAD Kanadischer Dollar | 1,5390 |
| GBP Pfund Sterling | 0,79440 | HKD Hongkong-Dollar | 11,2836 |
| SEK Schwedische Krone | 9,5995 | NZD Neuseeländischer Dollar | 2,1449 |
| CHF Schweizer Franken | 1,5838 | SGD Singapur-Dollar | 2,0718 |
| ISK Isländische Krone | 134,64 | KRW Südkoreanischer Won | 1 673,53 |
| NOK Norwegische Krone | 8,3340 | ZAR Südafrikanischer Rand | 11,8592 |
| BGN Bulgarischer Lew | 1,9558 | CNY Chinesischer Renminbi Yuan | 9,9107 |
| CZK Tschechische Krone | 23,965 | HRK Kroatische Kuna | 7,1169 |
| EEK Estnische Krone | 15,6466 | IDR Indonesische Rupiah | 13 631,88 |
| HUF Ungarischer Forint | 242,15 | MYR Malaysischer Ringgit | 5,0315 |
| LTL Litauischer Litas | 3,4528 | PHP Philippinischer Peso | 68,200 |
| LVL Lettischer Lat | 0,7077 | RUB Russischer Rubel | 36,6129 |
| PLN Polnischer Zloty | 3,3449 | THB Thailändischer Baht | 49,408 |
| RON Rumänischer Leu | 3,6685 | BRL Brasilianischer Real | 2,7169 |
| SKK Slowakische Krone | 30,275 | MXN Mexikanischer Peso | 15,6259 |

⁽¹⁾ Quelle: Von der Europäischen Zentralbank veröffentlichter Referenz-Wechselkurs.

Stellungnahme des Beratenden Ausschusses zu beschränkenden Methoden und dominanten Positionen erlassen in der Sitzung vom 25. Januar 2008 betreffend den Entscheidungsvorschlag hinsichtlich Sache COMP/B-1/39.326 — E.ON: Siegelbrüche (2)

Berichterstatter: Belgien

(2008/C 240/04)

1. Der Beratende Ausschuss stimmt mit den Faktoren überein, die bei der Berechnung des Bußgeldes für E.ON Energie AG gemäß des Artikels 23 Absatz 1 Buchstabe e der Verordnung (EG) Nr. 1/2003 berücksichtigt wurden.
 2. Der Beratende Ausschuss stimmt der von der Europäischen Kommission vorgeschlagenen Höhe des Bußgeldes zu.
 3. Der Beratende Ausschuss empfiehlt die Veröffentlichung seiner Stellungnahme im *Amtsblatt der Europäischen Union*.
-

Abschlussbericht der Anhörungsbeauftragten in der Sache COMP/B-1/39.326 — E.ON Energie AG

(Nach Artikel 15 und 16 des Beschlusses 2001/462/EG, EGKS der Kommission vom 23. Mai 2001 über das Mandat von Anhörungsbeauftragten in bestimmten Wettbewerbsverfahren — ABl. L 162 vom 19.6.2001, S. 21)

(2008/C 240/05)

Der Entscheidungsentwurf gibt Anlass zu folgenden Bemerkungen:

Einleitung

Die Kommission nahm am 29. Mai 2006 in den Geschäftsräumen der E.ON Energie AG („EE“) in München eine unangemeldete Nachprüfung gemäß Artikel 20 der Verordnung (EG) Nr. 1/2003 vor. Die an diesem Tag zusammengetragenen Unterlagen hinterlegte die Kommission in einem Büro, das sie am Abend des 29. Mai 2006 verschloss und versiegelte. Als das Nachprüfungsteam am Morgen des 30. Mai 2006 dorthin zurückkehrte, stellte es erhebliche Veränderungen am Siegel fest. Daraufhin erstellte es ein Protokoll, dem EE eine ergänzende Erklärung beifügte. Zur weiteren Klärung des Sachverhalts übermittelte die Kommission EE sowie dem Hersteller des Siegelmaterials Auskunftersuchen. Nach Auswertung der verfügbaren Erkenntnisse kam die Kommission zu dem vorläufigen Schluss, dass das Siegel gebrochen worden war und sich EE diesen Siegelbruch zurechnen lassen muss.

Mitteilung der Beschwerdepunkte und Erwidierungsfrist

Am 2. Oktober 2006 versandte die Kommission eine Mitteilung der Beschwerdepunkte, die am 4. Oktober 2006 bei EE einging, und zu der EE am 13. November 2006 Stellung nahm, nachdem ihm eine Fristverlängerung von einer Woche gewährt worden war. In der Anlage übersandte EE eine naturwissenschaftlich-technische Stellungnahme, die die Erkenntnisse der Mitteilung in Frage stellt.

Akteneinsicht

EE wurde in Form einer am 11. Oktober 2006 zugestellten CD-ROM Einsicht in die Untersuchungsakte der Kommission gewährt. EE hat sich mir gegenüber nicht zu Fragen der Akteneinsicht geäußert.

Anhörung

Am 6. Dezember 2006 fand eine Anhörung statt, bei der EE seinen Standpunkt darlegte und weitere Klärungen zu technischen Merkmalen der Siegel durch Gutachter verlangte.

Auf Ersuchen der Kommission nach Artikel 13 Absatz 3 der Verordnung (EG) Nr. 773/2004 nahm auch der Siegelhersteller 3M an der Anhörung teil und legte seinen Standpunkt dar.

Die von EE vorgelegten Gutachten und das Tatbestandsschreiben der Kommission

Am 28. März 2007 übermittelte EE der Kommission ein Gutachten, das sich auf Tests zu möglichen anderen Gründen für die bei der Nachprüfung festgestellten Veränderungen am Siegel stützte.

Im April 2007 beauftragte die Kommission ihrerseits einen externen Sachverständigen mit der Erstellung eines Gutachtens über bestimmte Aspekte der Funktionsfähigkeit und Handhabung der von ihr verwendeten Siegel. Am 26. April 2007 führte dieser Sachverständige in den Geschäftsräumen von EE in München in Gegenwart von Vertretern und Gutachtern von EE sowie des Siegelherstellers entsprechende Tests durch. Am 8. Mai 2007 übermittelte der Sachverständige der Kommission sein Gutachten.

Mit Tatbestandsschreiben vom 6. Juni 2007 setzte die Kommission EE von den zusätzlich ermittelten Tatsachen in Kenntnis und gewährte dem Unternehmen Einsicht in die betreffenden Unterlagen. Am selben Tag übermittelte EE der Kommission ein weiteres Gutachten, in dem mögliche Gründe für das Auftreten des Schriftzugs „VOID“ auf dem Siegel dargelegt werden. EE nahm am 6. Juli 2007 zu dem Tatbestandsschreiben Stellung.

In einem weiteren Schreiben vom 17. Juli 2007 beantragte EE bei mir, eine weitere Anhörung abzuhalten, damit die Gutachter ihre gegensätzlichen Standpunkte in Befragungen darlegen könnten. Mit Schreiben vom 26. Juli 2007 wies ich diesen Antrag jedoch mit der Begründung zurück, dass eine zweite Anhörung nur dann angezeigt wäre, wenn die Kommission EE neue Beschwerdepunkte mitgeteilt, das Ausmaß der bisherigen Beschwerdepunkte ausgeweitet oder diese grundlegend abgewandelt hätte. Dies war hier nicht der Fall, und EE machte dies auch nicht geltend.

Mit Schreiben vom 1. Oktober 2007 übermittelte EE der Kommission ein drittes Gutachten mit weiteren Untersuchungen zu Faktoren, die die Empfindlichkeit der Siegel beeinflussen können.

Daraufhin bat die Kommission ihren Sachverständigen, zu dem zweiten und dritten Gutachten von EE Stellung zu nehmen und nötigenfalls weitere Tests durchzuführen. Am 20. November 2007 legte der Sachverständige der Kommission ein weiteres Gutachten vor, in dem er an seinen bisherigen Erkenntnissen festhielt und die Ergebnisse seiner neuen Tests darlegte. Am 23. November 2007 übermittelte die Kommission EE ein zweites Tatbestandsschreiben und gewährte dem Unternehmen Einsicht in die betreffenden Unterlagen. Auf Antrag von EE gewährte ich eine einwöchige Verlängerung der Frist zur Erwidierung auf dieses neue Tatbestandsschreiben. EE antwortete fristgerecht am 10. Dezember 2007.

Entscheidungsentwurf

Bei diesem Entwurf handelt es sich um die erste Entscheidung nach Artikel 23 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 1/2003, mit der neue Geldbußensätze festgesetzt wurden und nach der Siegelbruch nunmehr ausdrücklich als Zuwiderhandlung gilt. Verstöße gegen Verfahrensvorschriften wurden auch im Zusammenhang mit schweren Zuwiderhandlungen als erschwerende Umstände bewertet, und die Kommission hat in endgültigen Entscheidungen in Kartellsachen die Geldbußen entsprechend erhöht.

Der der Kommission vorliegende Entscheidungsentwurf enthält ausschließlich Beschwerdepunkte, zu denen sich EE äußern konnte.

Ich stelle fest, dass das Recht von EE auf Anhörung in dieser Sache gewahrt wurde.

Brüssel, den 29. Januar 2008

Karen WILLIAMS

Zusammenfassung einer Entscheidung der Kommission
vom 30. Januar 2008
in einem Verfahren nach Artikel 23 Absatz 1 der Verordnung (EG) 1/2003 des Rates
(Sache COMP/B-1/39.326 — E.ON Energie AG)

(Nur der deutsche Text ist verbindlich)

(2008/C 240/06)

Am 30. Januar 2008 erließ die Kommission eine Entscheidung in einem Verfahren nach Artikel 23 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 1/2003 des Rates vom 16. Dezember 2002 zur Durchführung der in den Artikeln 81 und 82 des EG-Vertrags niedergelegten Wettbewerbsregeln⁽¹⁾. Eine nichtvertrauliche Fassung des vollständigen Wortlauts der Entscheidung ist in der verbindlichen Sprache der Wettbewerbssache auf der Website der Generaldirektion Wettbewerb abrufbar unter:

<http://ec.europa.eu/comm/competition/antitrust/cases>

Die Entscheidung betrifft eine Geldbuße in Höhe von 38 Mio. EUR die gegen das Unternehmen E.ON Energie AG (EE) gemäß Artikel 23 der Verordnung (EG) Nr. 1/2003 verhängt wurde, da EE während einer Nachprüfung im Mai 2006 ein von der Kommission angebrachtes Siegel gebrochen hatte. EE hat ihren Sitz in München Deutschland und gehört zur E.ON Gruppe. Es handelt sich um den ersten Fall, in dem die Kommission eine Geldbuße gegen ein Unternehmen gemäß Artikel 23 der Verordnung (EG) Nr. 1/2003 verhängt hat.

1. ZUSAMMENFASSUNG DES SACHVERHALTS

Die Kommission führte am 29. Mai 2006 eine unangekündigte Durchsuchung in den Räumlichkeiten der EE sowie anderen Gesellschaften der E.ON Gruppe durch, weil sie Anhaltspunkte dafür gefunden hatte, dass die E.ON-Gruppe in wettbewerbswidrige Praktiken verwickelt war. Am Abend des ersten Tages der Durchsuchung brachte das Nachprüfungsteam eine große Zahl von Dokumenten, die nicht kopiert und nur teilweise in Listen aufgenommen worden waren, in einen der Kommission von EE zu diesem Zweck zur Verfügung gestellten Raum. Der Leiter des Nachprüfungsteams verschloss den Raum mit einem von EE ausgehängten Schlüssel und brachte ein amtliches Sicherheitssiegel der Kommission an der Tür und den Türrahmen an, um den Raum vor unbefugtem Zutritt zu sichern. EE wurde über die Bedeutung des Siegels sowie die möglichen Konsequenzen eines Siegelbruchs belehrt.

Bei Rückkehr des Nachprüfungsteams am Morgen des 30. Mai 2006 gegen 8:45 Uhr stellte das Nachprüfungsteam in Gegenwart von Unternehmensvertretern und den externen Rechtsanwälten von EE fest, dass auf der gesamten Fläche des am Abend zuvor angebrachten Siegels der „VOID“-Schriftzug sichtbar waren. Außerdem war das Siegel um etwa zwei Millimeter in der Höhe und in der Seite verschoben, was sich daran erkennen ließ, dass sich Klebstoffreste auf der Tür bzw. dem Türrahmen befanden. Zudem befanden sich, nachdem es abgelöst wurde, auffällige Klebstoffreste (Reste des „VOID“-Zeichens) auf der Rückseite des Siegels, die ebenfalls einen Siegelbruch nahelegten.

Nachdem die Tür zu dem Raum geöffnet wurde, war es dem Nachprüfungsteam nicht möglich, festzustellen, ob die dort gelagerten Akten noch vollständig waren.

⁽¹⁾ ABl. L 1 vom 4.1.2003, S. 1.

2. GANG DES VERFAHRENS

Zur Klärung des Sachverhalts richtete die Kommission Auskunftsersuchen 1. an EE, 2. an den Hersteller der Siegelrohlinge, die Firma 3M Europe SA/NV (3M), 3. an die für EE tätige Reinigungsfirma und 4. an das von EE mit der Gebäudesicherung beauftragte Unternehmen. Als mögliche Erklärung für die aufgetretene Veränderung des Siegels trug EE zunächst vor, dass es infolge einer „schlechte Haftung des Siegels auf dem Untergrund (z. B. aufgrund der verwendeten Baumaterialien)“ zu einer „teilweisen Lockerung des Siegels“ gekommen sein könne. Weiterhin trug EE vor, dass eine Mitarbeiterin der Reinigungsfirma das Siegel mit einem angefeuchteten Mikrofasertuch und Reinigungsmittel abgewischt habe und das Siegel hierdurch möglicherweise geringfügig verrutscht sein könne. Schließlich bestätigte EE, dass in der fraglichen Nacht kein unbefugter Zugang zu dem Gebäude beobachtet wurde, dass jedoch neben dem Schlüssel, der dem Leiter des Nachprüfungsteams ausgehängt worden war, weitere Schlüssel zu dem fraglichen Raum im Umlauf waren.

Am 2. Oktober 2006 übermittelte die Kommission der EE die Beschwerdepunkte. Hierin kam die Kommission zu dem vorläufigen Schluss, dass das Siegel erbrochen worden war und sich EE diesen Siegelbruch aufgrund der Organisationsgewalt in dem fraglichen Dienstgebäude zurechnen lassen müsse. Die Kommission merkte darüber hinaus an, dass die Funktionsfähigkeit des Siegels nicht dadurch beeinträchtigt war, dass die offizielle Garantiefrist (sogenannte Lagerdauer) für das Siegel abgelaufen war. Insbesondere ist es nicht möglich, dass bei einem defekten Siegel der „VOID“-Schriftzug erscheint (sog. „positive Fehlreaktion“). Wenn überhaupt würde ein defektes Siegel eine negative Fehlreaktion auslösen, d. h. im Falle eines Siegelbruchs würden keine „VOID“-Zeichen erscheinen.

Die Kommission gewährte EE Aktenzugang. EE antwortete mit Datum vom 13. November 2006 auf die Beschwerdepunkte und trug vor, dass die Darstellung der Kommission auf unrichtige bzw. unsichere und in wissenschaftlich-technischer Hinsicht nicht bestätigte Tatsachen gestützt sei. In der mündlichen Anhörung vom 6. Dezember 2006 zeigte EE selbst erstellte Filmaufnahmen, die nach ihrer Ansicht demonstrierten, dass auch äußere Einflüsse, wie Schwingungen der Bürowand (z. B. hervorgerufen durch Rütteln an der verschlossenen Tür) möglicherweise in Kombination mit anderen Faktoren (z. B. fehlende Voreinreinigung des Untergrundes) die beobachteten „VOID“-Zeichen hervorrufen könnten. Es ist jedoch zu betonen, dass das Video

keineswegs großflächige „VOID“-Zeichen zeigte, wie sie am 30. Mai 2006 festgestellt wurden, sondern nur an den Randstellen zwischen Tür und Rahmen, wo das Siegel einen gewissen Spielraum besaß. EE regte an, weitere Tests zur Funktionsfähigkeit der Siegel vorzunehmen.

Im März 2007 übersandte EE der Kommission ein durch ein wissenschaftliches Institut erstelltes Gutachten über „Untersuchungen zur Reaktion von Siegelfolien auf Scher- und Schälkräfte“. Drei Monate später übersandte EE ein weiteres Gutachten über „Untersuchungen zur Reaktion von Siegelfolien auf Zug-Scherbelastungen, Druck-Scherbelastungen und Schälbelastungen nach Einwirkung von Synto“. Beiden Gutachten lagen Untersuchungen der handelsüblichen Siegelfolie 7866 von 3M zugrunde, die für die Kommissionssiegel verwendet wird und im Handel erhältlich ist. Die Gutachter kamen zu dem Schluss, dass Schwingungen der Wand in Kombination mit dem Reinigungsprodukt und anderen Faktoren zu einer „positiven Fehlreaktion“ (begrenztes Auftreten von „VOID“-Zeichen und Klebstoffresten am Siegelrand) führen könnten. Die Kommission stellte jedoch fest, dass die Tests unter grundlegend anderen Bedingungen vorgenommen wurden als den bei der Nachprüfung vorherrschenden Bedingungen vor Ort. Es wurde auch festgestellt, dass keineswegs ein Auftreten von „VOID“-Zeichen auf der gesamten Siegeloberfläche bewiesen worden war. Zudem hat 3M bestätigt, dass die Haltbarkeit der Kommissionssiegel weit über die Lagerdauer/Haltbarkeitsgarantie hinausginge und dass der „VOID“-Schriftzug die Funktionsfähigkeit des Siegels gewissermaßen nachgewiesen habe.

Die Kommission stützte sich in der Entscheidung zur Verteidigung ihres Standpunktes auch auf Gutachten ihres eigenen Sachverständigen. Im April 2006 nahm dieser Sachverständige im Dienstgebäude der EE in München in Gegenwart von EE-Vertretern und zwei für EE tätigen externen Gutachtern entsprechende Untersuchungen mit einigen Siegeln vor. Diese Untersuchungen erfolgten an derselben Tür, an der das Siegel am 29. Mai 2006 angebracht worden war. Darüber hinaus hat der Gutachter in seinem Labor weitere Tests vorgenommen. In seinem Gutachten vom Mai 2007 bestätigte der Gutachter, dass die Funktionsfähigkeit des Siegels weder durch die Tatsache beeinträchtigt war, dass die von dem Hersteller angegebene Garantiefrist abgelaufen war noch dadurch, dass es das Nachprüfungsteam unterlassen hatte, die Siegel vorab zu testen oder die in Rede stehende Tür zu reinigen. Er bestätigte zudem, dass die Annahme einer positiven Fehlreaktion, bei der die „VOID“-Zeichen unter dem Einfluss von Büroreinigungsmitteln und Schwingungen in den Wänden auch ohne ein Ablösen des Siegels sichtbar werden, nicht realistisch sei. Er kam zu dem Schluss, dass das Auftreten der „VOID“-Zeichen realistisch nur mit einem Siegelbruch erklärt werden könne, das Siegel also abgelöst und wieder angebracht wurde.

In einem „letter of facts“ vom 6. Juni 2007, dem das Gutachten beigefügt war, informierte die Kommission EE über diese zusätzlich ermittelten Tatsachen und die hieraus gefolgerten Ergebnisse. EE antwortete mit Schreiben vom 6. Juli 2007 und äußerte weiterhin Zweifel an der Funktionsfähigkeit des Siegels. EE wandte ein, dass die Kommission andere Erklärungen für den manipulierten Zustand des Siegels nicht vollständig ausschließen könne. EE behauptete auch, dass die Anzahl der von dem Gutachter der Kommission getesteten Siegel zu gering gewesen sei. Aus den oben dargelegten Gründen war die Kommission nicht überzeugt von diesen Argumenten.

Im Oktober 2007 legte EE ein weiteres Gutachten vor und trug nunmehr vor, dass der Zustand des Siegels möglicherweise mit der Einwirkung von Luftfeuchtigkeit oder einer Kombination verschiedener Faktoren (Siegelalterung, Einwirkung des Reinigungsmittels etc.) auf das Siegel zu erklären sein könnte. Der Experte der Kommission wies jedoch in einer weiteren Studie vom November 2007 nach, dass Luftfeuchtigkeit oder eine Kombination von Luftfeuchtigkeit mit anderen Faktoren den Zustand keine Fehlfunktion des Siegels verursacht haben konnte. Er zeigte auch zahlreiche Schwachpunkte des Gutachtens von EE auf, dessen Testannahmen sich in erheblicher Weise von den tatsächlichen Gegebenheiten vor Ort unterschieden. EE wurde von den Ergebnissen des Gutachtens in einem weiteren „letter of facts“ informiert und hat darauf hin keine neuen Argumente vorgetragen, die die Schlussfolgerungen der Kommission in Frage stellen könnten. Daran konnten auch die von EE im Januar 2008 vorgelegten eidesstattlichen Erklärungen der Schlüsselinhaber nichts ändern, die angaben, jedenfalls nicht selbst die Tür geöffnet zu haben.

3. ERGEBNIS

Es steht daher fest, dass das Siegel, das an dem ersten Tag der Nachprüfung in den Räumlichkeiten der EE angebracht war, im Sinne von Artikel 23 der Verordnung (EG) Nr. 1/2003 erbrochen wurde. Diese Vorschrift setzt nicht den Nachweis voraus, dass die Tür tatsächlich geöffnet wurde oder dass in dem versiegelten Raum gelagerte Unterlagen fehlen. Realistischerweise ist von einem vorsätzlichen Siegelbruch auszugehen. Anderenfalls wäre in jedem Fall ein fahrlässiger Siegelbruch anzunehmen, weil es in dem alleinigen Verantwortungsbereich der EE lag, den eigenen Geschäftsbereich so zu organisieren, dass das Verbot, das Siegel zu erbrechen, auch eingehalten wird. Diesbezüglich hat die Kommission auch festgestellt, dass EE nicht das gesamte Personal, welches eine Zutrittsbefugnis zu dem Gebäude hatte — wie z. B. die Reinigungskraft, über die Existenz des Siegels und dessen Bedeutung informiert hat. Die Kommission konnte neben dem Umstand, dass es sich um den ersten Fall eines Siegelbruchs handelt, in dem die Kommission eine entsprechende Strafe verhängt, keine mildernden Umstände ermitteln. Insbesondere hat EE nicht in einem über die rechtlichen Kooperationsverpflichtungen hinaus gehenden Maße mit der Kommission kooperiert.

4. RECHTSFOLGEN

Bei Vorliegen der Voraussetzungen eines Siegelbruchs im Sinne des Artikels 23 Absatz 1 Buchstabe e der Verordnung (EG) Nr. 1/2003 kann die Kommission eine Geldbuße von bis zu 1 % des Umsatzes verhängen. Unabhängig vom konkreten Fall stellen Siegelbrüche grundsätzlich einen schweren Verstoß dar. Es muss daher sichergestellt werden, dass die Geldbuße eine abschreckende Wirkung hat. Es darf sich für ein Unternehmen, bei dem eine Nachprüfung durchgeführt wird, nicht lohnen, ein Siegel zu erbrechen. Andererseits hat die Kommission bei der Bemessung der Geldbuße auch den Umstand berücksichtigt, dass es sich um den ersten Anwendungsfall der neuen Vorschrift in der Verordnung (EG) Nr. 1/2003 handelt. Die Kommission verhängte daher eine Geldbuße in Höhe von 38 Mio. EUR.

5. BERATENDER AUSSCHUSS

Der Beratende Ausschuss für Kartell- und Monopolfragen hat am 25. Januar 2008 eine befürwortende Stellungnahme zum Entscheidungsentwurf abgegeben.

INFORMATIONEN DER MITGLIEDSTAATEN

Angaben der Mitgliedstaaten über staatliche Beihilfen, die auf der Grundlage der Verordnung (EG) Nr. 70/2001 der Kommission über die Anwendung der Artikel 87 und 88 des EG-Vertrags auf staatliche Beihilfen an kleine und mittlere Unternehmen gewährt werden

(Text von Bedeutung für den EWR)

(2008/C 240/07)

| | |
|---|--|
| Nummer der Beihilfe | XS 189/08 |
| Mitgliedstaat | Italien |
| Region | Calabria |
| Bezeichnung der Regelung bzw. bei Einzelbeihilfen Name des Begünstigten | Contratto di investimento industria, artigianato e servizi — C.I.-2008 |
| Rechtsgrundlage | — Legge regionale 11 maggio 2007, articolo 24 — Delibera di giunta regionale 19 marzo 2008, n. 220 — Delibera di giunta regionale 18 giugno 2008, n. 424 — Decreto dirigente generale del dipartimento attività produttive 30 giugno 2008 |
| Art der Beihilfe | Beihilferegulung |
| Haushaltsmittel | Geplante Jahresausgaben: 56 Mio. EUR |
| Beihilfehöchstintensität | Im Einklang mit Art. 4 Abs. 2-6 und Art. 5 der Verordnung |
| Inkrafttreten der Regelung | 30.6.2008 |
| Laufzeit | 31.12.2008 |
| Ziel | Kleine und mittlere Unternehmen |
| Wirtschaftssektoren | Andere Bereiche der verarbeitenden Industrie Sonstige Dienstleistungen |
| Name und Anschrift der Bewilligungsbehörde | Presidente della giunta regionale Via Sensales — Palazzo Alemanni I-88100 Catanzaro |
| Nummer der Beihilfe | XS 194/08 |
| Mitgliedstaat | Italien |
| Region | Campania |
| Bezeichnung der Regelung bzw. bei Einzelbeihilfen Name des Begünstigten | Contratto di programma regionale |
| Rechtsgrundlage | Legge regionale 12/07, regolamento 4/2007, disciplinare articolo 13 Delibera giunta regionale n. 514 del 21 marzo 2008 Decreto dirigenziale n. 217 del 17 aprile 2008 |

| | |
|---|--|
| Art der Beihilfe | Beihilferegelung |
| Haushaltsmittel | Geplante Jahresausgaben: 60 Mio. EUR |
| Beihilfehöchstintensität | Im Einklang mit Art. 4 Abs. 2-6 und Art. 5 der Verordnung |
| Inkrafttreten der Regelung | 19.6.2008 |
| Laufzeit | 31.12.2015 |
| Ziel | Kleine und mittlere Unternehmen |
| Wirtschaftssektoren | Sämtliche Wirtschaftssektoren, in denen KMU-Beihilfen gewährt werden dürfen |
| Name und Anschrift der Bewilligungsbehörde | <p>Regione Campania AGC 12 Sviluppo economico</p> <p>1) Settore programmazione delle politiche per lo sviluppo economico — Dirigente p.t. dott.sa Carolina Cortese Centro Direzionale Isola A/6 I-80143 Napoli Tel. (39) 081 796 75 43 e-mail: mc.cortese@maildip.regione.campania.it</p> <p>2) Settore aiuti alle imprese e sviluppo insediamenti produttivi — Dirigente p.t. dott. Filippo Diasco Centro Direzionale Isola A/6 I-80143 Napoli Tel. (39) 081 796 68 65 e-mail: f.diasco@regione.campania.it</p> <p>AGC 06 Ricerca scientifica</p> <p>3) Settore ricerca scientifica, statistica, controllo gestione ed avanzamento progetti — Dirigente p.t. dott. Giuseppe Russo Via don Bosco, 9/E I-80141 Napoli e mail: g.russo@regione.campania.it</p> |
| Nummer der Beihilfe | XS 195/08 |
| Mitgliedstaat | Deutschland |
| Region | Freie und Hansestadt Hamburg |
| Bezeichnung der Regelung bzw. bei Einzelbeihilfen Name des Begünstigten | Markenwerft Werbeagentur GmbH Beim Alten Gaswerk 1 D-22761 Hamburg |
| Rechtsgrundlage | Verordnung (EG) Nr. 70/2001 der Kommission vom 12. Januar 2001 über die Anwendung der Artikel 87 und 88 EG-Vertrag auf staatliche Beihilfen an kleine und mittlere Unternehmen (ABl. L 10 vom 13.1.2001, S. 33 verlängert durch ABl. L 368 vom 23.12.2006, S. 85); Gesetz über die Kreditkommission vom 29.4.1997 (Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt 1997, Nr. 18, Seite 133) |
| Art der Beihilfe | <i>Ad hoc</i> |
| Haushaltsmittel | Gesamtbetrag der vorgesehenen Beihilfe: 2 400 EUR |
| Beihilfehöchstintensität | Im Einklang mit Art. 4 Abs. 2-6 und Art. 5 der Verordnung |
| Inkrafttreten der Regelung | 27.6.2008 |
| Laufzeit | 27.12.2008 |
| Ziel | Kleine und mittlere Unternehmen |
| Wirtschaftssektoren | Sonstige Dienstleistungen |
| Name und Anschrift der Bewilligungsbehörde | Behörde für Wirtschaft und Arbeit Alter Steinweg 4 D-20459 Hamburg |

Angaben der Mitgliedstaaten zu staatlichen Beihilfen, die nach der Verordnung (EG) Nr. 1628/2006 der Kommission über die Anwendung der Artikel 87 und 88 des EG-Vertrags auf regionale Investitionsbeihilfen der Mitgliedstaaten gewährt werden

(Text von Bedeutung für den EWR)

(2008/C 240/08)

| | |
|---|--|
| Nummer der Beihilfe | XR 92/08 |
| Mitgliedstaat | Italien |
| Region | Valle d'Aosta |
| Bezeichnung der Regelung oder Name des Unternehmens, das eine ergänzende Ad-hoc-Beihilfe erhält | Interventi regionali per lo sviluppo delle imprese industriali e artigiane |
| Rechtsgrundlage | Legge regionale 31 marzo 2003, n. 6 Deliberazione della giunta regionale n. 69 del 18 gennaio 2008 |
| Art der Beihilfe | Beihilferegelung |
| Geplante Jahresausgaben | 8,46 Mio. EUR |
| Beihilfehöchstintensität | 10 % In Einklang mit Artikel 4 der Verordnung |
| Inkrafttreten der Regelung | 23.4.2008 |
| Laufzeit | 31.12.2013 |
| Wirtschaftssektoren | Die Förderung beschränkt sich auf bestimmte Wirtschaftssektoren NACE A 01.41.3; 2.01.1; 02.02.0; C; D; E; F; G 50.2; 50.40.3; 52.7; I 63.3; 64.11; K 72; 73.1; 74.13; 74.14.4; 74.3; 74.7; 74.81; 74.82; 74.85.1; 74.85.2; 74.86; 74.87.7; M 80.41; N 85.31; 85.32; O 90; 93 |
| Name und Anschrift der Bewilligungsbehörde | Regione Valle d'Aosta Ass. Attività produttive e politiche del lavoro Direzione attività produttive e cooperazione Piazza della Repubblica, 15 I-11100 Aosta |
| Internetadresse der Veröffentlichung der Beihilferegelung | http://www.regione.vda.it/attiprod/industria_artigianato/sintecinormativa_i.asp http://www.regione.vda.it/attiprod/industria_artigianato |
| Sonstige Angaben | — |
| Nummer der Beihilfe | XR 99/08 |
| Mitgliedstaat | Italien |
| Region | Calabria |
| Bezeichnung der Regelung oder Name des Unternehmens, das eine ergänzende Ad-hoc-Beihilfe erhält | Contratto di investimento industria, artigianato e servizi — C.I.-2008 — Grandi imprese |
| Rechtsgrundlage | Legge regionale 11 maggio 2007, art. 24 Delibera di giunta regionale 19 marzo 2008, n. 220 Delibera di giunta regionale 18 giugno 2008, n. 424 Decreto dirigente generale del dipartimento attività produttive 30 giugno 2008, n. 8452 |

| | |
|---|---|
| Art der Beihilfe | Beihilferegelung |
| Geplante Jahresausgaben | 56 Mio. EUR |
| Beihilfehöchstintensität | 40 % |
| | In Einklang mit Artikel 4 der Verordnung |
| Inkrafttreten der Regelung | 30.6.2008 |
| Laufzeit | 31.12.2013 |
| Wirtschaftssektoren | Die Förderung beschränkt sich auf bestimmte Wirtschaftssektoren |
| | NACE C; D; K 72, 73, 74.3, 74.82, 74.87.5, 74.87.7; O 90 |
| Name und Anschrift der Bewilligungsbehörde | Presidente della giunta regionale Dipartimento programmazione nazionale e comunitaria Via Sensales — Palazzo Alemanni programmazione@regcal.it |
| Internetadresse der Veröffentlichung der Beihilferegelung | www.regione.calabria.it/calabriaeuropa http://www.regione.calabria.it/sviluppo/index.php?option=com_content&task=view&id=17&Itemid=19 |
| Sonstige Angaben | — |

| | |
|---|--|
| Nummer der Beihilfe | XR 104/08 |
| Mitgliedstaat | Italien |
| Region | Sardegna |
| Bezeichnung der Regelung oder Name des Unternehmens, das eine ergänzende Ad-hoc-Beihilfe erhält | Pacchetti Integrati di Agevolazione (PIA) turismo |
| Rechtsgrundlage | Legge regionale n. 7/2005 «Disposizioni per la formazione del bilancio annuale e pluriennale della Regione», art. 11 e s.m.i. Direttive di attuazione approvate con la deliberazione della giunta regionale n. 36/28 dell'1.7.2008, artt. 6-9 |
| Art der Beihilfe | Beihilferegelung |
| Geplante Jahresausgaben | 8,7 Mio. EUR |
| Beihilfehöchstintensität | 25 % |
| | In Einklang mit Artikel 4 der Verordnung |
| Inkrafttreten der Regelung | 1.7.2008 |
| Laufzeit | 31.12.2013 |
| Wirtschaftssektoren | Alle für regionale Investitionsbeihilfen in Betracht kommende Wirtschaftssektoren |
| Name und Anschrift der Bewilligungsbehörde | Regione autonoma della Sardegna Centro regionale di programmazione Viale Mameli, 88 I-09100 Cagliari |
| Internetadresse der Veröffentlichung der Beihilferegelung | http://www.regione.sardegna.it http://www.regione.sardegna.it/j/v/66?v=9&c=27&c1=&n=10&s=1&mese=200806&giorno=24&p=3 |
| Sonstige Angaben | — |

| | |
|---|--|
| Nummer der Beihilfe | XR 105/08 |
| Mitgliedstaat | Rumänien |
| Region | — |
| Bezeichnung der Regelung oder Name des Unternehmens, das eine ergänzende Ad-hoc-Beihilfe erhält | Sprijin pentru consolidarea și modernizarea sectorului productiv prin investiții realizate de întreprinderi mari în cadrul Programului Operațional Sectorial „Creșterea competitivității economice” |
| Rechtsgrundlage | Ordinul Ministrului Economiei și Finanțelor nr. 479/20.2.2008 (Monitorul Oficial nr. 189/12.3.2008) și Ordinul Ministrului Economiei și Finanțelor nr. 1943/19.6.2008 (Monitorul Oficial nr. 493/2.7.2008) |
| Art der Beihilfe | Beihilferegulung |
| Gesamtbetrag der vorgesehenen Beihilfe | 169,4 Mio. EUR Gezahlt über 6 Jahre |
| Beihilfehöchstintensität | 50 % In Einklang mit Artikel 4 der Verordnung |
| Inkrafttreten der Regelung | 14.7.2008 |
| Laufzeit | 31.12.2013 |
| Wirtschaftssektoren | Die Förderung beschränkt sich auf bestimmte Wirtschaftssektoren NACE B; C; E; F |
| Name und Anschrift der Bewilligungsbehörde | Ministerul Economiei și Finanțelor Strada Apolodor nr. 17, sector 5 RO-050741, București Tel. (40-21) 319 97 59 Fax (40-21) 312 25 09 |
| Internetadresse der Veröffentlichung der Beihilferegulung | http://amposcce.minind.ro/fonduri_structurale/pdf/Ordin_479.pdf |
| Sonstige Angaben | — |

| | |
|---|--|
| Nummer der Beihilfe | XR 112/08 |
| Mitgliedstaat | Italien |
| Region | Marche |
| Bezeichnung der Regelung oder Name des Unternehmens, das eine ergänzende Ad-hoc-Beihilfe erhält | Sperimentazioni tematiche per l'utilizzo di piattaforme ICT nelle aree di specializzazione produttiva e nelle filiere produttive |
| Rechtsgrundlage | Decreto del dirigente del servizio n. 208/IAP_11 del 30.7.2008, Allegato 1, pt. 5.2 tipologia 3 |
| Art der Beihilfe | Beihilferegulung |
| Geplante Jahresausgaben | 0,828 Mio. EUR |
| Beihilfehöchstintensität | 10 % In Einklang mit Artikel 4 der Verordnung |
| Inkrafttreten der Regelung | 30.7.2008 |
| Laufzeit | 31.12.2013 |

| | |
|---|---|
| Wirtschaftssektoren | Alle für regionale Investitionsbeihilfen in Betracht kommende Wirtschaftssektoren — |
| Name und Anschrift der Bewilligungsbehörde | Regione Marche servizio industria artigianato energia via Tiziano, 44 I-60125 Ancona Tel. (39) 071 806 3607-3701-3702 |
| Internetadresse der Veröffentlichung der Beihilferegelung | www.marcheimpresa.net http://www.marcheimpresa.net/ita/POR2211401/default.asp |
| Sonstige Angaben | — |

V

(Bekanntmachungen)

VERFAHREN ZUR DURCHFÜHRUNG DER WETTBEWERBSPOLITIK

KOMMISSION

STAATLICHE BEIHILFE — ITALIEN

Staatliche Beihilfe C 36/08 (ex NN 33/08) — Staatliche Beihilfe zugunsten des integrierten Kraftwerks im Sulcis

Aufforderung zur Stellungnahme gemäß Artikel 88 Absatz 2 des EG-Vertrags

(Text von Bedeutung für den EWR)

(2008/C 240/09)

Mit Schreiben vom 16. Juli 2008, das nachstehend in der verbindlichen Sprachfassung abgedruckt ist, hat die Kommission Italien von ihrer Entscheidung in Kenntnis gesetzt, wegen der genannten Maßnahme das Verfahren nach Artikel 88 Absatz 2 des EG-Vertrags einzuleiten. Die Kommission gab Italien gemäß Artikel 11 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 659/1999 des Rates Gelegenheit, sich zu der Absicht der Kommission zu äußern, eine Aussetzungsanordnung zu erlassen, der zufolge Italien alle rechtswidrigen Beihilfen so lange aussetzen muss, bis die Kommission eine Entscheidung über die Vereinbarkeit der Beihilfe mit dem Gemeinsamen Markt erlassen hat.

Alle Beteiligten können innerhalb eines Monats nach Veröffentlichung dieser Zusammenfassung und des Schreibens zu der Maßnahme Stellung nehmen. Die Stellungnahmen sind an folgende Anschrift zu richten:

Europäische Kommission
Generaldirektion Wettbewerb
Registratur Staatliche Beihilfen
B-1049 Brüssel
Fax (32-2) 295 12 42

Alle Stellungnahmen werden Italien übermittelt. Beteiligte, die eine Stellungnahme abgeben, können unter Angabe von Gründen schriftlich beantragen, dass ihre Identität nicht bekannt gegeben wird.

ZUSAMMENFASSUNG

BESCHREIBUNG

Die Kommission erfuhr durch eine Beschwerde von Italiens Absicht, die Verstromung einheimischer Kohle in Sardinien auf der Grundlage von Artikel 11 Absatz 14 des Gesetzes Nr. 80/2005 über Dringlichkeitsmaßnahmen im Rahmen des Aktionsplans für wirtschaftliche, soziale und territoriale Entwicklung durch Gewährung einer staatlichen Beihilfe zu fördern.

Italien beabsichtigt, im Rahmen einer öffentlichen Ausschreibung eine integrierte Konzession für den Betrieb eines neuen

Kohlekraftwerks in dem Gebiet Sulcis (Sardinien) und für den Betrieb des nahegelegenen Bergwerks von Nuraxi Figus zu erteilen. Die aus diesem Bergwerk geförderte Kohle soll den Bedarf des neuen Kraftwerks decken.

Für die Laufzeit dieser integrierten Konzession (30 Jahre) wird die Region Sardinien dem Konzessionär unentgeltlich die Konzession für den Kohleabbau erteilen, das für die Kohleförderung erforderliche Gelände sowie die benötigte Infrastruktur zur Verfügung stellen und das Baugrundstück für das Kraftwerk überlassen. Ein Teil des von dem Kraftwerk erzeugten Stroms wird die staatliche GSE (Gestore dei Servizi Elettrici) zu garantierten Preisen (120,50 EUR/MWh in den ersten acht Betriebsjahren, danach 100,06 EUR/MWh) abnehmen. Die genaue Abnahmemenge wird auf der Grundlage des besten Angebots bestimmt.

Eine zwingende Voraussetzung für die Gewährung der Beihilfe ist, dass der Konzessionär den restlichen Strom zu Vorzugspreisen (zwischen 28 und 67 EUR je nach Wirtschaftszweig) an bestimmte energieintensive Industrien auf Sardinien (Produktion von Primäraluminium, Blei, Zink, Chlor und seinen Derivaten, Aluminiumoxid und Flachaluminiumprodukten) verkauft. Die konkreten Verkaufspreise werden ebenfalls im Rahmen der Ausschreibung bestimmt.

Die Mittel, die für den Kauf der von dem Kraftwerk produzierten Energie benötigt werden, werden im Wege einer parafiskalischen Abgabe auf den Stromverbrauch erhoben.

BEIHLFERECHTLICHE WÜRDIGUNG

Nach Auffassung der Kommission ist die integrierte Sulcis-Konzession eine staatliche Beihilfe im Sinne des Artikels 87 Absatz 1 des EG-Vertrags zugunsten des künftigen Konzessionärs und der energieintensiven Industrien auf Sardinien.

Die Maßnahme wird dem Konzessionär einen wirtschaftlichen Vorteil in Form garantierter Abnahmemengen zu Preisen über Marktniveau verschaffen. Die Kommission kann zum jetzigen Zeitpunkt nicht ausschließen, dass auch die Förderkonzession ein Beihilfeelement enthält. Zumindest ein Teil des dem Konzessionär erwachsenden wirtschaftlichen Vorteils wird in Form von Vorzugspreisen an die örtlichen energieintensiven Industrien weitergegeben.

Die Maßnahme ist selektiv, da nur der Konzessionär und die energieintensiven Industrien auf Sardinien davon einen Vorteil haben, und sie wird aus staatlichen Mitteln finanziert.

Die Kommission ist zudem der Auffassung, dass sich die Maßnahme auch auf den innergemeinschaftlichen Handel auswirkt und den Wettbewerb verfälscht. Der EU-Strommarkt wurde generell für den Wettbewerb geöffnet. Das neue Kraftwerk im Sulcis wird rund 600 MW Strom produzieren, wovon rund die Hälfte für die größten Stromverbraucher auf Sardinien vorgesehen ist. Das neue Kraftwerk wird folglich einen Großteil der örtlichen Nachfrage absorbieren. Nach Auffassung der Kommission ist selbst bei Berücksichtigung des Vorteils für die energieintensiven Industrien anzunehmen, dass sich die Wettbewerbsposition des Konzessionärs gegenüber den anderen Stromerzeugern, die keine Beihilfe erhalten können, verbessern wird. Der Rückgang der Nachfrage wird auf jeden Fall die Wettbewerbssituation und die Kostenstruktur der anderen Stromerzeuger auf Sardinien verschlechtern. Ohne nennenswerte Kundenbasis wird es außerdem für neue Stromanbieter schwer, wenn nicht gar unmöglich sein, in den sardischen Markt einzutreten.

Was die energieintensiven Industrien angeht, so hat die Lieferung von subventioniertem Strom unmittelbar erhebliche Auswirkungen auf die Produktionskosten und verbessert damit die Wettbewerbssituation dieser Begünstigten auf den Produktmärkten, auf denen sie tätig sind und die für den innergemeinschaftlichen Handel geöffnet sind.

Das zu prüfende Sulcis-Projekt sollte als neue Maßnahme angesehen werden; diese Maßnahme wurde nicht angemeldet und stellt infolgedessen eine neue rechtswidrige Beihilfe dar.

Die Kommission hat Zweifel an der Vereinbarkeit der geplanten Beihilfe mit dem Gemeinsamen Markt. Die Beihilfe für das Sulcis-Projekt ist eine Betriebsbeihilfe und kann nur unter besonderen Umständen genehmigt werden, z. B. wenn sie dem Umweltschutz dient. Die Kommission prüfte, ob das Projekt als

Umweltschutzbeihilfe nach den Leitlinien der Gemeinschaft für staatliche Umweltschutzbeihilfen (Abl. C 82 vom 1.4.2008, S. 1) für vereinbar mit dem Gemeinsamen Markt erklärt werden kann. Die italienischen Behörden wiesen jedoch nicht nach, dass die Bestimmungen dieser Leitlinien in Bezug auf Energiesparmaßnahmen, auf die frühzeitige Anpassung an künftige Gemeinschaftsnormen oder auf die Sanierung schadstoffbelasteter Standorte eingehalten wurden.

Zu der Beihilfe zugunsten der energieintensiven Industrien in Sardinien stellt die Kommission fest, dass die Maßnahme denselben Wirtschaftszweigen und damit faktisch auch denselben Unternehmen zugute kommt, für die Italien zwischen 2004 und 2005 bereits vergünstigte Stromtarife eingeführt hatte (Dekret vom 6. Februar 2004, Artikel 11 Absätze 11 und 12 des Gesetzes Nr. 80/2005). Die Kommission hatte in den Sachen C 38/04, C 13/06 und C 36/06 eingehende Prüfungen solcher Beihilfemaßnahmen eingeleitet, da sie ernste Zweifel an ihrer Vereinbarkeit mit dem Gemeinsamen Markt hatte.

Aufgrund der oben dargelegten Bedenken hat die Kommission beschlossen, das Verfahren nach Artikel 88 Absatz 2 des EG-Vertrags einzuleiten. Die Kommission hält es für erforderlich, jeden weiteren Schritt zur Umsetzung des Vorhabens zu unterbinden. Aus diesem Grund hat sie Italien um Äußerung zu der Absicht der Kommission gebeten, Italien durch Erlass einer Aussetzungsanordnung aufzufordern, alle möglicherweise rechtswidrigen Beihilfen auszusetzen und insbesondere jede Handlung zur weiteren Umsetzung des Vorhabens in seiner derzeit geplanten Form zu unterlassen.

DAS SCHREIBEN

„Con la presente, la Commissione si pregia informare codeste autorità che, dopo aver esaminato le informazioni da esse fornite in riferimento agli aiuti in oggetto, ha deciso di avviare il procedimento di cui all'articolo 88, paragrafo 2, del trattato CE. L'Italia è pertanto invitata, in forza dell'articolo 11, paragrafo 1, del regolamento (CE) n. 659/1999, a presentare osservazioni sull'intenzione della Commissione di sospendere l'erogazione di ogni aiuto concesso illegalmente, fino a che la Commissione non abbia deciso in merito alla compatibilità dell'aiuto con il mercato comune.

I. PROCEDIMENTO

- 1) Sulla base di una denuncia, la Commissione veniva a conoscenza dell'intenzione delle autorità italiane di concedere aiuti di Stato per sovvenzionare la produzione di elettricità tramite lo sfruttamento di giacimenti di carbone in Sardegna, sulla base dell'articolo 11, comma 14, della legge n. 80 del 2005 recante disposizioni urgenti nell'ambito del Piano di azione per lo sviluppo economico, sociale e territoriale.
- 2) Con lettera del 18 dicembre 2006, la Commissione richiedeva ulteriori informazioni che le venivano trasmesse con lettera del 13 marzo 2007. Con lettera del 22 luglio 2007, la Commissione richiedeva ulteriori informazioni e invitava l'Italia a notificare la misura conformemente all'articolo 88, paragrafo 3, del trattato CE. Con lettera del 15 ottobre 2007, le autorità nazionali fornivano le informazioni richieste, in termini atti a suggerire che detta trasmissione potesse valere quale

notifica. Tuttavia, le informazioni non venivano trasmesse conformemente al regolamento (CE) n. 794/2004 ⁽¹⁾, non contenevano un riferimento esplicito all'articolo 88, paragrafo 3, del trattato CE e le autorità italiane sostenevano che la misura costituiva un aiuto esistente.

- 3) Con lettera del 21 gennaio 2008, la Commissione richiedeva ulteriori delucidazioni e esprimeva nuovamente seri dubbi sul fatto che la misura in questione costituisse un aiuto esistente. Le autorità italiane trasmettevano le informazioni richieste con lettere del 18 marzo 2008 e del 9 aprile 2008.
- 4) Considerato che la normativa nazionale non contempla una clausola sospensiva e risulta pertanto immediatamente applicabile, la misura veniva trascritta nel registro degli aiuti non notificati, con il numero NN 33/08.

II. DESCRIZIONE

- 5) La decisione della Commissione di avviare il procedimento di cui all'articolo 88, paragrafo 2, del trattato CE riguarda il progetto Sulcis contemplato all'articolo 11, comma 14, della legge n. 80 del 2005, come ulteriormente specificato nella documentazione di gara. Tuttavia, onde garantire un'adeguata valutazione della misura e tener conto, in particolare, delle argomentazioni fatte valere dalle autorità nazionali, occorre ripercorrere l'evoluzione del progetto Sulcis nella legislazione nazionale.

Il carbone quale "fonte assimilata"

- 6) L'articolo 22 della legge n. 9, del 9 gennaio 1991, "Norme per l'attuazione del nuovo Piano energetico nazionale" (in appresso, legge n. 9/91) prevede la possibilità di concedere sovvenzioni pubbliche alla produzione di energia da fonti rinnovabili e "assimilate", senza tuttavia definire precisamente il concetto di fonte assimilata. La legge incarica il Comitato Interministeriale Prezzi (in appresso CIP) di definire le condizioni tecniche generali per l'ammissibilità a fonte assimilata. La legge n. 9/91 è stata approvata ai sensi della normativa in materia di aiuti di Stato nell'ambito della decisione della Commissione sulla misura NN 52/91 ⁽²⁾.
- 7) Con la delibera del CIP n. 6, del 29 aprile 1992, (in appresso delibera CIP 6), l'Italia ha adottato le disposizioni d'applicazione della legge n. 9/91, stabilendo segnatamente che il concetto di fonte energetica assimilata copre anche i combustibili fossili prodotti da giacimenti minori isolati. La delibera CIP 6 stabilisce che le sovvenzioni pubbliche sono erogate sotto forma di cessione garantita di energia elettrica allo Stato a prezzi fissi sovvenzionati.
- 8) Il decreto del presidente della Repubblica, del 28 gennaio 1994 (in appresso decreto del 1994), sull'attuazione del piano di disinquinamento del territorio del Sulcis-Iglesiente indica l'opportunità che il carbone prodotto nel

territorio del Sulcis sia da considerarsi una fonte di energia assimilabile ai sensi della legge n. 9/91. Il decreto del 1994 stabilisce dettagliate condizioni tecniche ed economiche per l'affidamento di una concessione integrata per la gestione della miniera carbonifera e della centrale elettrica. Il progetto di centrale elettrica è condizionato all'impiego della tecnica di gassificazione, al rispetto di rigorosi valori massimi di emissioni e alla produzione combinata di energia e calore. È previsto che il progetto benefici di aiuti di Stato sotto forma di:

- a) aiuti agli investimenti per un importo di 185 Mrd ITL (85 713 Mio EUR);
 - b) la cessione garantita all'ENEL dell'energia elettrica prodotta dalla centrale ad un prezzo sovvenzionato. Per i primi 8 anni di esercizio, il prezzo è fissato al livello sovvenzionato di 160 ITL/kWh mentre per i successivi anni di esercizio, al prezzo più basso previsto dalla delibera CIP 6 e tenendo conto dei costi di produzione di energia evitati dall'ENEL ⁽³⁾.
- 9) Il progetto Sulcis era incluso nel programma operativo della Sardegna per i Fondi strutturali per il periodo 1994-1998. La concessione è stata affidata ad un consorzio di imprese (ATI-Sulcis). Il progetto ha tuttavia incontrato difficoltà tecniche e finanziarie. Già nel 1997, il progetto veniva escluso dal programma operativo ⁽⁴⁾ e, a maggio 2002, il consorzio ha infine dichiarato di non essere più disposto a continuarne la realizzazione. La concessione è stata ufficialmente ritirata nel 2003.
 - 10) Con l'articolo 11, comma 14, della legge n. 80/2005 recante disposizioni urgenti nell'ambito del Piano di azione per lo sviluppo economico, sociale e territoriale, l'Italia ha rilanciato il progetto integrato Sulcis annunciando una nuova gara d'appalto. Quanto alle condizioni per l'affidamento della concessione, la legge n. 80/2005 fa riferimento al decreto del 1994, che si applica per quanto riguarda il prezzo garantito di cessione dell'energia elettrica. La legge n. 80/2005 introduce tuttavia nuovi criteri sostanziali per la maggior parte altri aspetti della concessione. Il nuovo progetto non prevede aiuti agli investimenti.
 - 11) Con l'articolo 1, comma 1119, della legge n. 296/2006 (legge finanziaria del 2007), l'Italia ha prorogato la validità dell'articolo 11, comma 14, della legge n. 80/2005.

Descrizione dettagliata del nuovo progetto integrato Sulcis

- 12) Come previsto dalla legge n. 80/2005 in combinato disposto con il decreto del 1994, il progetto persegue un duplice obiettivo: garantire alle industrie locali ad alto impiego di energia una fornitura di elettricità a prezzi ridotti e promuovere lo sfruttamento dei giacimenti di carbone nel territorio Sulcis-Iglesiente.

⁽¹⁾ Regolamento (CE) n. 794/2004 della Commissione, del 21 aprile 2004, recante disposizioni di esecuzione del regolamento (CE) n. 659/1999 del Consiglio recante modalità di applicazione dell'articolo 93 del trattato CE (GU L 140 del 30.4.2004, pag. 1).

⁽²⁾ Aiuto di Stato NN 52/91, lettera SG (91) D/15502.

⁽³⁾ La delibera CIP 6 prevede che l'elettricità prodotta da nuove centrali che utilizzano fonti rinnovabili o assimilabili venga acquistata dall'ENEL ad un prezzo fissato fino al 2020. Il prezzo è sovvenzionato per i primi 8 anni di esercizio e, per il periodo successivo, fissato ad un livello inferiore che tenga conto dei costi di combustibile e di investimenti evitati dall'ENEL (i costi che l'ENEL avrebbe dovuto sostenere se avesse prodotto essa stessa l'elettricità).

⁽⁴⁾ Decisione C(97) 3778 della Commissione, del 22 dicembre 1997.

- 13) L'Italia intende perseguire questo duplice obiettivo sovvenzionando la costruzione e il funzionamento di una nuova centrale che utilizzerà il carbone estratto localmente.
- 14) Con un elevato tenore di zolfo e un basso potere calorifico, il carbone del Sulcis, di scarsa qualità ⁽⁵⁾, è destinato ad un utilizzo locale, dal momento che il trasporto su lunghe distanze lo renderebbe antieconomico. Questo tipo di carbone richiede specifici accorgimenti tecnici per ridurre le emissioni di zolfo.
- 15) Stando alle informazioni fornite da parte italiana, l'estrazione del carbone dalle miniere del Sulcis era sospesa [*stand by attivo*] ⁽⁶⁾ dalla metà degli anni '70. La gestione provvisoria delle miniere (compresa la miniera Nuraxi Figus) è stata assicurata con finanziamenti pubblici fino al 2003. La presente decisione non riguarda questo intervento pubblico.
- 16) Ad ogni modo, il giacimento di Nuraxi Figus, che sarà sfruttato dal concessionario, è attualmente operativo in quanto rifornisce di carbone la centrale elettrica a carbone dell'ENEL di Portovesme sulla base del contratto concluso a maggio 2006 per una fornitura di 1 100 000 tonnellate in tre anni.
- 17) Analogamente al progetto del 1994, il nuovo progetto Sulcis, basato sulla legge n. 80/2005, prevede anch'esso una gara d'appalto pubblica per l'affidamento della concessione integrata per la gestione delle operazioni estrattive del giacimento di Nuraxi Figus e per la costruzione/gestione di una centrale elettrica. Una prima gara è stata indetta alla fine del 2006, ma la concessione non è stata affidata per mancanza di offerenti. La regione sarda intende indire una nuova gara a condizioni diverse.
- 18) Il nuovo bando, trasmesso dalle autorità italiane con lettera del 9 aprile 2008, contiene norme sostanziali rilevanti ai fini della valutazione del progetto sotto il profilo degli aiuti di Stato.

Condizioni dell'appalto

- 19) Le condizioni previste dalle autorità italiane si applicano lungo tutta la durata della concessione integrata (30 anni). La Regione Sardegna mette a disposizione del concessionario, a titolo gratuito, la concessione estrattiva, le aree ed infrastrutture necessarie per la coltivazione del giacimento minerario, nonché l'area per la realizzazione dell'impianto. Una parte dell'energia elettrica prodotta dall'impianto sarà ceduta al gestore dei servizi elettrici (in appresso, GSE) a prezzi *garantiti* e il quantitativo preciso sarà determinato sulla base della migliore offerta.

⁽⁵⁾ Il trattato CECA, dell'11 ottobre 1986, all'allegato I, classifica il carbone del Sulcis come carbone di bassa qualità di classe "B". Si tratta di carbone sub-bituminoso con potere calorifico inferiore pari a circa 5 100 Kcal/kg, 15 % polvere e 6 % zolfo.

⁽⁶⁾ Secondo la definizione italiana di "*stand by attivo*", le miniere non in produzione, ma non ancora dismesse, sono pronte a rientrare in produzione in qualsiasi momento.

- 20) Conformemente alla legge n. 80/2005 ⁽⁷⁾, il prezzo di cessione dell'energia è quello definito dal decreto del 1994. Di conseguenza, nei primi 8 anni di esercizio, il GSE è tenuto ad acquistare elettricità ad un prezzo (indicizzato) di 120,50 EUR/MWh ⁽⁸⁾. Per gli esercizi successivi, il GSE paga 100,06 EUR/MWh ⁽⁹⁾.
- 21) Il corrispettivo offerto dal concessionario sarà determinato sulla base della migliore offerta. La documentazione di gara definisce tuttavia in dettaglio il contenuto minimo dell'offerta. In particolare, i concorrenti dovranno presentare offerte separate per i diversi aspetti del progetto (offerta economico-finanziaria e offerta tecnico-industriale).

Offerta economica

- 22) La struttura economico-finanziaria dell'offerta dovrà precisare i seguenti elementi:
- il quantitativo di energia cedibile al GSE [fino alla massima potenza autorizzata di 450 MWe per 7 500 ore ⁽¹⁰⁾];
 - la quantità di energia annua a prezzi agevolati per le imprese localizzate sull'isola, non inferiore a 3 500 GWh/anno per un periodo obbligatorio di 12 a partire dal 2011;
 - il prezzo medio ponderato di cessione dell'energia a prezzi agevolati con base anno 2005: 31,94 EUR/MWh incrementata di anno in anno al tasso d'inflazione annuo.
- 23) Per quanto riguarda la cessione di energia elettrica alle imprese localizzate sull'isola, il prezzo offerto dai concorrenti sarà differenziato in funzione del settore industriale interessato, ovvero:
- produzione di alluminio primario (circa 64 % dell'assorbimento);
 - produzione di piombo e zinco (17 %);
 - ciclo cloro e cloroderivati (10 %);
 - produzione di allumina (7 %);

⁽⁷⁾ La Commissione rileva una contraddizione tra la documentazione di gara e la legge n. 80/2005. La documentazione di gara trasmessa dalle autorità italiane il 9 aprile 2008 fa riferimento al prezzo "stabilito dal D.P.R. 28 gennaio 1994, intendendosi quest'ultimo come risultante dall'applicazione della deliberazione CIP n. 6/1992". Il decreto del 1994, cui fa riferimento la legge n. 80/2005, definisce, per i primi 8 anni di esercizio dell'impianto, un prezzo di cessione pari a 160 ITL/kWh diverso dal prezzo definito dalla deliberazione CIP 6 di 150 ITL/kWh. Il criterio definito dalla gara sembra pertanto essere privo di base legale nella legislazione nazionale, anche se questa incertezza non incide in maniera sostanziale sulla valutazione della misura da parte della Commissione.

⁽⁸⁾ Equivalente alle 160 ITL/kWh del decreto del 1994. La Cassa di conguaglio procede ogni due anni ad indicizzare i prezzi per la cessione assicurata dell'energia elettrica da fonti rinnovabili e assimilate. Gli importi di 120,50 EUR e 100,06 EUR corrispondono ai prezzi per l'esercizio 2007.

⁽⁹⁾ Equivalente alle 150 ITL/kWh della delibera CIP 6, cui fa riferimento il decreto del 1994.

⁽¹⁰⁾ Massimo consentito dal decreto del 1994.

- e) laminazione alluminio (1 %);
f) altre tipologie di produzioni (1 %).

24) Le autorità italiane hanno fissato i prezzi di riferimento per ciascuno di questi settori, che variano da un minimo di 27,87 EUR per l'alluminio primario ad un massimo di 97,90 EUR per la laminazione di alluminio. Per alcune categorie, le offerte possono contemplare un corrispettivo inferiore al prezzo di riferimento o superiore nel limite del 10 %.

Offerta tecnico-industriale

25) I concorrenti dovranno presentare:

- a) un progetto di massima della centrale termoelettrica indicando le metodologie proposte per la minimizzazione delle emissioni con utilizzo di tecnologia idonea al contenimento degli inquinanti gassosi, in forma di gassificazione, ciclo supercritico o altro equivalente. La centrale deve utilizzare il carbone del Sulcis almeno nella misura del 50 % del suo fabbisogno ⁽¹¹⁾;
- b) un piano industriale per lo sfruttamento della miniera e l'esercizio della centrale di produzione di energia elettrica;
- c) un programma di attività finalizzato alle tecnologie di impiego del carbone ad emissione zero;
- d) un programma di formazione per il personale impiegato nelle miniere.

26) La centrale dovrà avere gli stessi livelli di emissioni stabiliti dal progetto originario del 1994. Detti livelli sono superiori alle norme comunitarie obbligatorie di cui alla direttiva 2001/80/CE del Parlamento europeo e del Consiglio, del 23 ottobre 2001, concernente la limitazione delle emissioni nell'atmosfera di taluni inquinanti originati dai grandi impianti di combustione ⁽¹²⁾.

| | Massimali delle emissioni della centrale del Sulcis | Norme obbligatorie |
|-----------------|---|----------------------------|
| SO ₂ | 60 mg/Nm ³ | 200 mg/Nm ³ |
| NO _x | 70 mg/Nm ³ | 200 mg/Nm ³ |
| Polveri sottili | 2 mg/Nm ³ | 30 mg/Nm ³ |
| CO ₂ | 50 mg/Nm ³ | Nessuna norma obbligatoria |

27) Il concessionario dovrà mantenere in servizio il personale attualmente impiegato nelle miniere (preservando le attuali condizioni di impiego), con possibili riduzioni dell'organico per motivi di efficienza.

III. VALUTAZIONE

Sussistenza di aiuto di Stato ai sensi dell'articolo 87, paragrafo 1, del trattato CE

- 28) Ai sensi dell'articolo 87, paragrafo 1, del trattato CE, una misura costituisce aiuto di Stato se risultano cumulativamente soddisfatte le seguenti condizioni: a) la misura conferisce un vantaggio economico al beneficiario; b) è concessa dallo Stato o mediante risorse statali; c) presenta una natura selettiva; d) incide sugli scambi tra Stati membri e falsa o minaccia di falsare la concorrenza all'interno dell'UE.
- 29) In questa fase del procedimento, la Commissione ritiene che la concessione integrata del Sulcis costituisca aiuto di Stato a beneficio a) del futuro concessionario e b) delle industrie locali ad alto impiego di energia.

Vantaggio

- 30) La misura è atta a favorire economicamente il futuro concessionario. Il GSE è tenuto ad acquistare circa la metà dell'energia elettrica prodotta dalla centrale ad un livello di prezzo sensibilmente più elevato rispetto alla media dei prezzi all'ingrosso in Italia e in Sardegna ⁽¹³⁾. La cessione garantita di energia elettrica è atta a migliorare la posizione concorrenziale del beneficiario sul mercato della produzione elettrica.
- 31) La Commissione ritiene che almeno una parte del vantaggio economico a favore del concessionario venga trasferito alle industrie locali ad alto impiego di energia sotto forma di prezzi di vendita agevolati. I prezzi di vendita stimati, che variano dai 27,87 EUR/MWh ai 67,90 EUR/MWh, risultano al di sotto del prezzo di mercato ⁽¹⁴⁾. La Commissione non dispone di cifre esatte sui prezzi dell'energia elettrica negoziati su base bilaterale tra le industrie ad alto impiego di energia operanti in Sardegna e i loro fornitori. Tuttavia, un prezzo pari a 25 EUR/MWh risulta sostanzialmente inferiore ai prezzi *spot* ⁽¹⁵⁾, sia medi che *off-peak*. Per i più grandi consumatori, quali quelli del settore dell'alluminio primario, che dovrebbero assorbire oltre il 60 % dell'energia elettrica prodotta dal concessionario, il prezzo si direbbe addirittura inferiore al costo marginale medio della produzione di energia in Sardegna.
- 32) È tuttavia impossibile fornire una quantificazione più esatta dei rispettivi vantaggi conferiti al concessionario e alle imprese ad alto impiego di energia. I fattori economici in gioco, tra cui il quantitativo di energia elettrica ceduto al GSE, la quantità di energia acquistata dalle imprese ad alto impiego di energia e il prezzo di vendita dell'energia in questione, non sono predeterminati ma dipendono dalle offerte dei concorrenti nell'ambito della gara.

⁽¹³⁾ Nel 2007, per l'Italia il prezzo medio PUN (prezzo unico nazionale) era di 74,80 EUR/MWh. In Sardegna, dove l'energia elettrica è più cara rispetto all'Italia continentale, il prezzo medio nel 2006 si attestava a 80,55 EUR/MWh (dati GSE). Pertanto entrambi i prezzi offerti al concessionario (120,50 EUR/MWh per i primi 8 anni di esercizio e 100,06 EUR/MWh per il periodo successivo) risultano al di sopra del prezzo di mercato.

⁽¹⁴⁾ Nel 2007, il prezzo medio di vendita in Italia era di 74,80 EUR/MWh. In Sardegna, dove l'energia elettrica è più cara rispetto all'Italia continentale, il prezzo medio nel 2006 si attestava a 80,55 EUR/MWh.

⁽¹⁵⁾ Prezzi registrati sul mercato elettrico italiano IPEX.

⁽¹¹⁾ In termini di potere calorifico.

⁽¹²⁾ GUL 309 del 27.11.2001, pag. 1.

- 33) Sulla base di queste considerazioni, la Commissione ritiene, nella fase attuale del procedimento, che le misure proposte siano tali da conferire un vantaggio al futuro concessionario del progetto Sulcis per la produzione di energia elettrica e alle imprese locali ad alto impiego di energia.

Selettività

- 34) Il vantaggio su esposto verrà conferito in modo selettivo, considerato che la misura è intesa ad esclusivo beneficio del concessionario e delle imprese locali ad alto impiego di energia.

Risorse statali e imputabilità allo Stato

- 35) La misura è finanziata tramite risorse pubbliche. Il GSE è un ente pubblico, di esclusiva proprietà del ministero delle Finanze. Stando alle informazioni fornite dalle autorità nazionali, il GSE reperirà le risorse necessarie all'acquisto dell'energia elettrica del Sulcis con le stesse modalità previste dall'accordo CIP 6, ovvero tramite un prelievo parafiscale esatto sulle bollette di tutti gli utenti (e possibilmente addebitato sulla stessa componente della bolletta). In due precedenti casi di aiuti di Stato⁽¹⁶⁾, la Commissione ha già stabilito che i prelievi parafiscali esatti dalle autorità italiane sul consumo di energia e raccolti e distribuiti dall'ente statale Cassa di conguaglio configurano risorse pubbliche, interpretazione peraltro in linea con la giurisprudenza dei tribunali comunitari in materia di prelievi parafiscali⁽¹⁷⁾.
- 36) Dal momento che il concessionario è tenuto a trasmettere alle imprese locali ad alto impiego di energia parte del vantaggio conferito dalla cessione di energia al GSE ad un prezzo più elevato, e che tale requisito è stabilito dalla normativa nazionale in combinato disposto con la documentazione di gara emanata dalla Regione Sardegna, la Commissione ritiene che il vantaggio a beneficio delle imprese locali ad alto impiego di energia che ne risulta sia altresì finanziato tramite risorse pubbliche.
- 37) Avendo come base giuridica norme e disposizioni regolamentari nazionali e regionali, la misura è imputabile allo Stato.

Effetto sugli scambi e distorsione della concorrenza

- 38) In questa fase del procedimento, la Commissione ritiene che la misura incida sugli scambi tra gli Stati membri e falsi la concorrenza, tanto sul mercato dell'elettricità che sui mercati a valle in cui operano le imprese ad alto impiego di energia. Nell'UE, il mercato dell'elettricità è stato completamente aperto alla concorrenza. La nuova

centrale del Sulcis produrrà energia elettrica per 650 MW, ovvero un sesto dell'attuale capacità di produzione della Sardegna (pari a circa 4 000 MW). Circa la metà dell'energia prodotta sarà riservata ai principali consumatori di energia elettrica dell'isola (le imprese ad alto impiego di energia) sulla base di contratti di lungo periodo. I prezzi agevolati previsti sono resi praticabili grazie alla cessione assicurata della restante parte di energia elettrica al GSE a prezzi superiori a quelli di mercato, come su illustrato al punto 30).

- 39) La nuova centrale assorbirà pertanto una parte considerevole della domanda locale, escludendo realisticamente la possibilità per altri fornitori di rifornire lo stesso bacino d'utenza. La Commissione è dell'avviso che, pur considerando il vantaggio trasmesso alle imprese ad alto impiego di energia, risulti probabile che il concessionario benefici di una posizione concorrenziale migliore rispetto agli altri produttori di energia non sovvenzionati. La riduzione della domanda non farà, in ogni modo, che peggiorare la posizione concorrenziale dei produttori di energia operanti in Sardegna. Pare inevitabile che, nell'impossibilità di competere con i prezzi sovvenzionati del concessionario e di esportare elettricità fuori dalla Sardegna, questi ultimi saranno costretti a ridurre la produzione⁽¹⁸⁾. È probabile non solo che ne risenta la loro posizione concorrenziale ma che peggiori la loro struttura dei costi, già limitata dalla strutturale sovraccapacità⁽¹⁹⁾ di produzione di energia elettrica della Sardegna.
- 40) Peraltro, in mancanza di una clientela di qualche rilievo, sarà difficile se non impossibile che nuovi fornitori di energia riescano ad entrare sul mercato sardo. La Commissione ha ricevuto denunce, segnatamente dai produttori di energia eolica, che segnalano questo effetto distorsivo.
- 41) Per quanto riguarda le imprese ad alto impiego di energia, la fornitura di elettricità a prezzi agevolati incide notevolmente e in modo diretto sui costi di produzione, migliorando pertanto la posizione concorrenziale dei beneficiari sui mercati del prodotto in cui essi operano. I settori interessati sono pienamente aperti agli scambi intracomunitari.
- 42) In questa fase, la Commissione ritiene pertanto che la misura configuri aiuto di Stato ai sensi dell'articolo 87, paragrafo 1, del trattato CE.

Natura degli aiuti: nuovi o esistenti

- 43) Le autorità italiane ritengono che la misura costituisca aiuti esistenti sulla base delle considerazioni riassunte di seguito. A loro dire, il progetto Sulcis rientra nel piano energetico nazionale, adottato con le leggi n. 9 e 10, del

⁽¹⁶⁾ Decisione C(2004) 4333/8 della Commissione, del 1° dicembre 2004, nel caso N 490/00 "Italia — Costi incagliati nel settore dell'elettricità" e decisione della Commissione, del 28 novembre 2007, nel caso C 36/a/06 "Imprese Terni".

⁽¹⁷⁾ Si vedano, tra le altre, le sentenze della CGE nella causa C-78/76, Steinkamp & Weinlig, Racc. 1977, pag. 595 e nella causa C-47/69, settore tessile francese, Racc. 1970, pag. 00487; la sentenza del Tribunale di primo grado, del 20 settembre 2007, nella causa T-136/05 Earl Salvat/Commissione, non ancora pubblicata e il parere dell'avvocato generale Mengozzi, del 24 gennaio 2008, nella causa C-206/06, Essent Network Noord.

⁽¹⁸⁾ La domanda di energia elettrica è anelastica, specie per il bacino d'utenza delle famiglie e delle piccole imprese. Inoltre, le esportazioni di energia elettrica dalla Sardegna sono limitate tenuto conto dei vincoli tecnici dell'interconnettore. È pertanto ragionevole supporre che la riduzione della domanda causata dal passaggio di utenti di grandi dimensioni alla nuova centrale porterà ad una riduzione netta dell'energia elettrica attualmente prodotta.

⁽¹⁹⁾ Tenuto conto della posizione relativamente isolata della Sardegna rispetto all'Italia continentale, lo Stato ha imposto una riserva di capacità molto elevata per garantire la prestazione ininterrotta del servizio. La sovraccapacità produttiva è pertanto un fattore strutturale del mercato dell'energia elettrica in Sardegna. Secondo le stime, le centrali elettriche dell'isola lavorano al 40 % della loro capacità.

9 gennaio 1991, e approvato dalla Commissione ai sensi della normativa in materia di aiuti di Stato. La Commissione ha inoltre approvato le misure dettagliate di attuazione del piano energetico nazionale, contenute nella delibera CIP 6. Il decreto del 1994 si limiterebbe, secondo le autorità nazionali, a specificare ulteriormente queste disposizioni.

- 44) Le autorità italiane sottolineano inoltre che il decreto del 1994 è stato implicitamente approvato in quanto la Commissione ha incluso il progetto Sulcis nel programma operativo per la Sardegna per il periodo 1994-1999. La successiva esclusione del progetto dal programma operativo non metterebbe in discussione la validità di detta approvazione, dal momento che il decreto del 1994 è stato prorogato negli anni dalla legislazione nazionale, e più di recente dall'articolo 11, comma 14, della legge n. 80/2005 e dalla legge finanziaria del 2007.
- 45) Secondo le autorità nazionali, la legge n. 80/2005 non ha apportato cambiamenti sostanziali al progetto ma ha semplicemente provveduto ad introdurre adeguamenti agli sviluppi tecnici e giuridici. Il progetto costituirebbe pertanto un aiuto esistente e, conformemente alla normativa in materia di aiuti di Stato, l'Italia non sarebbe stata tenuta a notificare l'articolo 11, comma 14, della legge n. 80/2005.
- 46) La Commissione ritiene che il progetto Sulcis, come introdotto dalla legge n. 80/2005, configuri un aiuto nuovo per i seguenti motivi.

La misura non è giuridicamente fondata nel merito sulla delibera CIP 6

- 47) Contrariamente a quanto sostenuto da parte italiana, la delibera CIP 6 non può ritenersi la rilevante base giuridica della misura in questione. La delibera definisce, tra le altre cose, le disposizioni in materia di sostegno alle fonti energetiche "assimilate" a quelle rinnovabili. La definizione di fonti assimilate include "i combustibili fossili prodotti da giacimenti minori isolati". Il concetto di "giacimenti minori isolati", originariamente assente nella delibera CIP 6, è stato introdotto nel 1994⁽²⁰⁾: un giacimento viene considerato minore isolato quando l'entità accertata del giacimento è inferiore a 0,5 Mtep e per ragioni tecniche od economiche il combustibile estratto non è direttamente inseribile nella fase di distribuzione.
- 48) I giacimenti carboniferi del Sulcis sono i più estesi d'Italia⁽²¹⁾. Tenuto conto delle loro dimensioni, essi non potevano essere ritenuti "giacimenti minori isolati" ai fini dell'applicazione della delibera CIP 6. Le autorità italiane hanno dovuto quindi adottare una normativa separata (il decreto del 1994) con diretto richiamo alla legge n. 9/91, per dichiarare il carbone del Sulcis "fonte assimilata" e fornire una base giuridica agli aiuti di Stato ricorrendo ad un meccanismo senz'altro *simile*, ma decisamente non equivalente al CIP 6⁽²²⁾.

⁽²⁰⁾ Decreto del ministero dell'Industria, del commercio e dell'artigianato, del 4 agosto 1994, che modifica la delibera CIP 9/1992.

⁽²¹⁾ Secondo le stime, le riserve del territorio del Sulcis ammontano a 600 000-1 000 000 milioni di tonnellate, equivalenti a 180-430 Mtep. La sola miniera Nuraxi Figus ha riserve accertate pari a 50 milioni di tonnellate, equivalenti a 21,5 Mtep.

⁽²²⁾ Si veda la nota 3.

- 49) Inoltre, come su illustrato al punto 19), gli importi degli aiuti individuati, per i primi otto anni di esercizio, dalla delibera CIP 6 e dal decreto del 1994 non coincidono. Il meccanismo di tariffazione di cui alla delibera CIP 6 rimanda al decreto del 1994 solo per quanto riguarda gli esercizi successivi. Anche la durata del sostegno previsto dal CIP 6 (fino al 2020) differisce da quella prevista per la centrale del Sulcis (30 anni dall'affidamento della concessione).
- 50) La valutazione della Commissione è pertanto incentrata sulla legge n. 80/2005 in combinato disposto con il decreto del 1994.

Il decreto del 1994 risulta di fatto superato, data la natura sostanziale e l'ampia portata delle modifiche introdotte con la legge n. 80/2005

- 51) Per la Commissione, le modifiche introdotte con la legge n. 80/2005 non possono definirsi meri adeguamenti tecnici al progetto Sulcis originario, come istituito dal decreto del 1994: si tratta in effetti di modifiche di natura sostanziale con una portata così estesa da rendere superato il decreto del 1994.
- 52) In primo luogo, il progetto originario non prevedeva la vendita alle imprese ad alto impiego di energia elettrica a prezzi agevolati. Si tratta di un elemento nuovo che altera il meccanismo economico dell'aiuto introducendo nuovi beneficiari e, di fatto, di per sé giustifica che la misura sia intesa come un aiuto nuovo.
- 53) In secondo luogo, il decreto del 1994 contemplava originariamente specifici requisiti tecnici, segnatamente l'utilizzo della tecnica innovativa della gassificazione del carbone nonché la produzione combinata di energia e calore. Le specifiche del nuovo progetto non prevedono più l'utilizzo di tecniche innovative. Nell'ultimo capitolato di gara si legge che, per l'affidamento della concessione, è sufficiente l'uso di una tecnologia "provata", quali la gassificazione, il ciclo supercritico o altro equivalente. La Commissione constata che il ciclo supercritico è una tecnologia di ampio impiego che non va oltre lo "stato dell'arte"⁽²³⁾. La documentazione di gara non accenna neanche all'impiego della cogenerazione. Peraltro, nel progetto originario, tutta l'energia prodotta sarebbe stata venduta all'ENEL, mentre nel nuovo progetto solo parte di essa va in cessione al GSE.
- 54) In buona sostanza, le uniche disposizioni del decreto del 1994 che, di fatto, sembrano continuare ad applicarsi sono il livello del prezzo garantito e le norme ambientali che la centrale è tenuta a rispettare, obiettivo questo oggi molto meno difficile da conseguire rispetto a 14 anni fa.
- 55) Alla luce di queste considerazioni, la Commissione giunge alla conclusione che il progetto adottato con la legge n. 80/2005 e ulteriormente dettagliato dalla documentazione di gara risulti sostanzialmente diverso dal progetto Sulcis originario introdotto dal decreto del 1994; pertanto, anche se per il progetto del 1994 si fosse potuto parlare di un aiuto esistente — il che non corrisponde alla realtà, come dimostrato di seguito — questo non varrebbe per il nuovo progetto.

⁽²³⁾ Il concetto di "stato dell'arte" è utilizzato per individuare tecnologie di vasto utilizzo commerciale che non comportano costi eccessivi per l'impresa.

Il progetto del 1994 non costituisce un aiuto esistente

- 56) Al fine di una disamina completa dei punti sollevati da parte italiana, la Commissione ha soppesato l'argomentazione secondo cui il progetto del 1994 era stato approvato dalla Commissione e che detta approvazione aveva ancora validità.
- 57) La Commissione tiene a sottolineare che, anche se il progetto rientrava nel programma operativo della Sardegna per i Fondi strutturali per il periodo 1994-1998, il decreto del 1994 *non è mai stato né notificato né approvato alla luce della normativa in materia di aiuti di Stato*. Il progetto è stato peraltro successivamente escluso dal programma operativo.
- 58) Inoltre, in seguito all'adozione della disciplina comunitaria degli aiuti di Stato per la tutela dell'ambiente ⁽²⁴⁾, l'Italia avrebbe dovuto adeguare i regimi di aiuto esistenti. Tale adeguamento non ha mai avuto luogo per la misura in esame. Pertanto, anche se in un primo momento si fosse trattato di un aiuto esistente — ipotesi palesemente infondata, come su illustrato — la misura non poteva in nessun caso essere considerata tale una volta decorsi i termini per l'adattamento alla disciplina del 2001 (1° gennaio 2002).
- 59) A tale riguardo, le autorità italiane sostengono che non era necessario adottare opportune misure in base alla disciplina del 2001 dal momento che la concessione integrata non può classificarsi unicamente come una misura di aiuti ambientali. Secondo le autorità italiane, per il territorio del Sulcis gli obiettivi di tutela ambientale vengono conseguiti tramite interventi di varia natura che non sono di esclusiva competenza della disciplina ambientale. Le stesse autorità sostengono tuttavia che l'intero progetto integrato può, in realtà, concepirsi come un intervento di risanamento di siti industriali che rientrerebbe nella disciplina ambientale.
- 60) La Commissione constata che il decreto originario del 1994 apparentava il carbone sardo ad una fonte di energia rinnovabile e che su tale presupposto si basava la concessione degli aiuti di Stato. Gli aiuti di Stato a favore della tutela ambientale e, in particolare, delle fonti di energia rinnovabili, rientrano, in linea di principio, nel campo di applicazione della disciplina ambientale. La Commissione non può pertanto avallare il ragionamento delle autorità italiane, soprattutto tenuto conto che le stesse autorità si contraddicono nel sostenere che, in realtà, l'intero progetto debba essere considerato una forma di aiuto ambientale. Peraltro, l'aspetto di risanamento del progetto sostenuto dalle autorità italiane rientrerebbe senza dubbio nel campo di applicazione della disciplina ambientale.

Altre disposizioni del regolamento (CE) n. 659/1999 sui regimi di aiuti esistenti

- 61) Il concetto di aiuti esistenti è definito all'articolo 1, lettera b), del regolamento (CE) n. 659/1999 del Consiglio, del 22 marzo 1999, recante modalità di applicazione dell'articolo 93 del trattato CE ⁽²⁵⁾ (in

appresso regolamento di procedura). La Commissione ha esaminato se il progetto in esame possa o meno rientrare in una delle categorie di aiuti esistenti contemplate dal regolamento di procedura.

- 62) La Commissione constata che la misura introdotta con la legge n. 80/2005 non è stata attuata prima dell'adesione dell'Italia all'UE. Come su illustrato al punto 57, la misura non è mai stata autorizzata dalla Commissione o dal Consiglio ai sensi della normativa sugli aiuti di Stato. La misura non può ritenersi autorizzata ai sensi dell'articolo 4, paragrafo 6, del regolamento di procedura (riguardante i casi in cui la Commissione non provvede ad adottare una decisione entro il termine di due mesi dalla notifica degli aiuti). La misura non riguarda aiuti illegittimi per i quali è decorso il termine di 10 anni. Considerata la natura della misura, è possibile concludere essa abbia sempre configurato un aiuto di Stato e che quindi non si applicano le disposizioni previste per i regimi che non costituivano aiuti di Stato al momento dell'entrata in vigore ma che sono divenuti tali in forza dell'evoluzione del mercato comune.
- 63) La Commissione è pertanto giunta alla conclusione che il progetto Sulcis configuri un aiuto nuovo.

Legalità dell'aiuto

- 64) Considerato che la misura non è stata notificata alla Commissione conformemente all'articolo 88, paragrafo 3, del regolamento (CE) n. 659/1999, l'aiuto è illegale.

Compatibilità dell'aiuto

- 65) La Commissione nutre dubbi circa la compatibilità del progetto di aiuti con il mercato comune.

Aiuti al concessionario

- 66) Tenuto conto che l'aiuto previsto per il progetto Sulcis è proposto sotto forma di una tariffa di alimentazione (*feed-in tariff*) non connessa a specifici costi ammissibili, la Commissione ritiene che esso configuri un aiuto al funzionamento.
- 67) Gli aiuti al funzionamento possono essere autorizzati in circostanze eccezionali, ad esempio se intesi alla tutela dell'ambiente; la Commissione ha pertanto valutato se il progetto risulterebbe compatibile come aiuto ambientale alla luce della nuova disciplina comunitaria degli aiuti di Stato per la tutela ambientale ⁽²⁶⁾ (in appresso la disciplina ambientale).
- 68) Occorre, in primo luogo, ricordare che, essendo il carbone un combustibile fossile non rinnovabile, le centrali elettriche a carbone non possono ricevere sovvenzioni pubbliche in forza della normativa applicabile agli aiuti al funzionamento per la produzione di energia da fonti rinnovabili. Il progetto non prevede l'impiego di tecnologie di cogenerazione e le autorità nazionali non hanno dimostrato che il progetto è tale da produrre risparmi energetici. Ne consegue che la Commissione non può valutare la conformità della misura di aiuti in esame alla luce delle disposizioni sugli aiuti al funzionamento di cui alla disciplina ambientale.

⁽²⁴⁾ GU L 37 del 3.2.2001, pag. 3. Con lettera del 20 febbraio 2001, la Commissione ha chiesto alle autorità italiane se accettavano le opportune misure riguardanti la nuova disciplina degli aiuti di Stato per la tutela dell'ambiente, che sono state accettate dalle autorità nazionali con lettera del 5 aprile 2001.

⁽²⁵⁾ GU L 83 del 27.3.1999, pag. 1.

⁽²⁶⁾ GU L 82 dell'1.4.2008, pag. 1.

- 69) Stando alla documentazione di gara trasmessa dalle autorità italiane, il progetto della centrale del Sulcis sarebbe inteso al superamento delle norme comunitarie obbligatorie in materia di emissioni. Pertanto, se le sovvenzioni fossero concesse sotto forma di aiuti agli investimenti a copertura di sovraccosti d'investimento, la centrale potrebbe aver diritto ad aiuti intesi al superamento di norme obbligatorie, in forza del punto 3.1.1 della disciplina ambientale. Per questo tipo di aiuti, la disciplina ambientale contempla le seguenti condizioni:
- a) l'intensità di aiuto non deve superare il 50 % dei costi d'investimento ammissibili;
 - b) i costi ammissibili sono limitati ai sovraccosti d'investimento necessari a raggiungere un livello di tutela ambientale superiore; il costo dell'investimento viene stabilito in relazione alla situazione controfattuale, tenendo conto dei profitti operativi e dei costi operativi.
- 70) Le autorità italiane non hanno dimostrato la rispondenza del progetto ad alcuno dei succitati criteri della disciplina. Inoltre, l'Italia dovrebbe chiarire che tecnologia di combustione utilizzerebbe la nuova centrale, per consentire di valutare le sue prestazioni in rapporto ai livelli di emissioni associati alla Migliore Tecnica Disponibile (*Best Available Technique* — BAT) indicata nel BREF LCP.
- 71) Le autorità nazionali sostengono che il progetto di concessione integrata possa ritenersi compatibile con le disposizioni della disciplina ambientale in materia di risanamento di siti inquinati, dal momento che esso contribuisce a migliorare l'ambiente evitandone l'ulteriore degrado. La Commissione rileva la non osservanza delle norme sostanziali di cui al punto 3.1.10 della disciplina ambientale. In particolare, le autorità italiane non hanno dimostrato il rispetto delle condizioni per la concessione di detti aiuti, segnatamente il principio "chi inquina paga" e il requisito secondo cui i costi ammissibili devono essere chiaramente individuabili e calcolati in base ai lavori di risanamento (la spesa sostenuta per il risanamento al netto dell'aumento del valore del terreno). Sarebbe opportuno che l'Italia operasse un netto distinguo tra gli aiuti concessi per la produzione di energia elettrica e gli aiuti per il risanamento di siti contaminati, specificando i costi ammissibili. Dal momento che il rispetto del principio "chi inquina paga" è uno dei principali criteri per la concessione di questo tipo di aiuti, l'Italia dovrebbe dimostrare l'impossibilità, nell'ordinamento nazionale, di addebitare i costi dell'inquinamento alla società estrattiva responsabile. Dalla documentazione di gara non risulta peraltro alcuna indicazione che il concessionario si impegna a realizzare attività di risanamento diverse dall'ordinaria gestione dei propri rifiuti minerali.
- 72) La Sardegna figura attualmente tra le regioni assistite ai sensi dell'articolo 87, paragrafo 3, lettera c), del trattato CE. Il concessionario potrebbe pertanto beneficiare di aiuti agli investimenti in forza degli orientamenti in materia di aiuti di Stato a finalità regionale 2007-2013⁽²⁷⁾ (orientamenti per gli aiuti regionali), purché risultino soddisfatte le pertinenti condizioni. In ogni caso, ai sensi degli orientamenti per gli aiuti regionali, né la centrale elettrica né le imprese ad alto impiego di energia potrebbero beneficiare di aiuti al funzionamento, dato che questo tipo di aiuti può essere concesso unicamente, in via eccezionale, nelle regioni assistite di cui all'articolo 87, paragrafo 3, lettera a), del trattato CE. L'Italia non ha comunque fornito giustificazioni di ordine regionale per la concessione dell'aiuto.
- 73) Il regolamento (CE) n. 1407/2002 del Consiglio, del 23 luglio 2002, sugli aiuti di Stato all'industria carboniera⁽²⁸⁾ prevede la concessione di aiuti a favore di risorse carboniere interne. Tuttavia è molto probabile che, quando entrerà in funzione la centrale (probabilmente non prima della fine del 2010), non sarà più possibile concedere aiuti ai sensi dell'articolo 5 del regolamento sull'industria carboniera. Inoltre, si prevede che detto regolamento scada il 31 dicembre 2010⁽²⁹⁾. Per tale motivo, la Commissione non può assumere detto regolamento come base giuridica per la valutazione della compatibilità dell'aiuto. L'Italia non ha comunque dimostrato il rispetto delle relative disposizioni.
- 74) In linea di principio, sarebbe anche possibile autorizzare aiuti di Stato qualora lo sfruttamento delle risorse carbonifere autoctone fosse connesso alla prestazione di un reale servizio di interesse economico generale (articolo 86, paragrafo 2, del trattato CE in combinato disposto con la direttiva 2003/54/CE). In tal caso, occorrerebbe imporre per legge i relativi obblighi di servizio pubblico, fornire prove chiare che l'estrazione e l'uso del carbone del Sulcis per la generazione elettrica comporta dei sovraccosti per il concessionario e definire previamente i parametri per il calcolo della compensazione sulla base di detti sovraccosti. Le suddette condizioni non risultano soddisfatte nella fattispecie. La Commissione ritiene peraltro che sia possibile, per le autorità nazionali, affrontare il problema potenziale della sicurezza dell'approvvigionamento con effetti di distorsione della concorrenza nel mercato dell'elettricità sardo minori rispetto a quelli indotti dalla concessione di aiuti di Stato alla centrale elettrica integrata del Sulcis. La nuova centrale elettrica aggraverebbe i problemi di sovracapacità del mercato locale dell'elettricità mentre non sembra sussistere alcuna necessità oggettiva di una nuova centrale che assicuri l'utilizzo delle riserve carboniere dell'isola (attualmente il carbone estratto dal giacimento di Nuraxi Figus rifornisce già la centrale elettrica a carbone dell'ENEL).
- 75) Per quanto riguarda gli aiuti a favore delle imprese locali ad alto impiego di energia, la Commissione rileva che la misura è intesa a beneficio degli stessi comparti industriali e, di fatto, delle stesse imprese per cui, tra il 2004 e il 2005, l'Italia aveva introdotto tariffe elettriche agevolate (decreto del 6 febbraio 2004, articolo 11, comma 11, e legge n. 80/2005, articolo 11, comma 12). La Commissione ha avviato indagini approfondite su queste misure nell'ambito dei casi C 38/04⁽³⁰⁾, C 13/06⁽³¹⁾ e C 36/06⁽³²⁾, esprimendo seri dubbi circa la loro compatibilità con il mercato comune.

⁽²⁸⁾ GUL 205 del 2.8.2002, pag. 1.

⁽²⁹⁾ Il regolamento sull'industria carbonifera scade il 31 dicembre 2010.

⁽³⁰⁾ Tariffe elettriche ridotte a favore di Alcoa, Portovesme, ILA e Euroallumina.

⁽³¹⁾ Tariffe elettriche ridotte a favore di Portovesme, ILA, Euroallumina e Syndial.

⁽³²⁾ Tariffe elettriche ridotte a favore di Alcoa, Thyssen-Krupp, Cementir e Nuova Terni Industrie Chimiche.

⁽²⁷⁾ GU C 54 del 4.3.2006, pag. 13.

- 76) La misura di aiuti in esame induce sulla concorrenza nei mercati a valle dei beneficiari gli stessi effetti distorsivi delle tariffe preferenziali attualmente oggetto di indagine nell'ambito dei casi summenzionati. Gli aiuti al funzionamento sotto forma di tariffe elettriche preferenziali inducono una riduzione diretta dei costi di produzione per i beneficiari, riduzione che, nel caso delle imprese ad alto impiego di energia, si rivela particolarmente ingente. Questa circostanza deteriora la situazione concorrenziale delle imprese dell'UE non ubicate in Sardegna e operanti negli stessi comparti.
- 77) La Commissione dubita che la misura contribuisca a realizzare obiettivi orizzontali o che un tale contributo possa compensare le distorsioni della concorrenza indotte dagli aiuti.

IV. AVVIO DELLA PROCEDURA DELL'INGIUNZIONE DI SOSPENSIONE

- 78) Gli aiuti saranno erogati dalle autorità nazionali sotto forma di cessione garantita di energia elettrica solo dopo che la centrale del Sulcis sia diventata operativa. Tuttavia, le autorità hanno già organizzato una gara per l'affidamento della concessione del Sulcis e si apprestano ad indirne una seconda. Dal momento che la concessione enuncia nel dettaglio i termini della convenzione, compresi gli esatti impegni finanziari delle parti, ne potrebbero scaturire effetti giuridicamente vincolanti. Nell'ipotesi in cui la Commissione si pronunci per la non compatibilità con il mercato comune degli aiuti che l'Italia intende concedere illegalmente, le autorità nazionali dovrebbero annullare la concessione. Ne potrebbero scaturire procedimenti legali e danni per il concessionario, le autorità italiane e gli eventuali terzi interessati, specie se sono già stati avviati i lavori nella centrale elettrica o per la gestione della miniera di carbone. La Commissione ritiene pertanto necessario prevenire l'ulteriore avanzamento della procedura in corso.
- 79) La Commissione ha pertanto deciso di avviare la procedura dell'ingiunzione di sospensione ai sensi dell'articolo 11, paragrafo 1, del regolamento (CE) n. 659/1999 ed invita l'Italia a presentare le sue osservazioni in merito.

V. DECISIONE

- 80) Ciò premesso, la Commissione, nel quadro della procedura di cui all'articolo 88, paragrafo 2, del trattato della CE, invita l'Italia a trasmetterle eventuali osservazioni e a fornirle qualsiasi informazione che possa essere utile ai fini della valutazione dell'aiuto/della misura, entro il termine di un mese dalla data di ricezione della presente. La Commissione invita le autorità italiane a trasmettere senza indugio copia della presente lettera ai potenziali beneficiari degli aiuti.
- 81) La Commissione desidera richiamare all'attenzione del governo italiano che l'articolo 88, paragrafo 3, del trattato CE ha effetto sospensivo e che in forza dell'articolo 14 del regolamento (CE) n. 659/1999, essa può imporre allo Stato membro di recuperare un aiuto illegalmente concesso presso il beneficiario.
- 82) In forza dell'articolo 11, paragrafo 1, del regolamento (CE) n. 659/1999, la Commissione invita l'Italia a presentare le sue osservazioni sull'intenzione della Commissione di adottare un'ingiunzione di sospensione che intimi all'Italia di sospendere qualsiasi azione che conduca all'ulteriore avanzamento del progetto come attualmente previsto.
- 83) La Commissione avverte l'Italia che informerà gli interessati mediante pubblicazione della presente lettera e di una sintesi della stessa nella *Gazzetta ufficiale dell'Unione europea*. Essa informerà altresì le parti interessate dei paesi EFTA che hanno siglato l'accordo SEE, mediante pubblicazione di una comunicazione nel supplemento SEE della *Gazzetta ufficiale dell'Unione europea*, e informerà l'Autorità di vigilanza dell'EFTA inviandole copia della presente lettera. Le parti interessate saranno invitate a presentare osservazioni entro un mese dalla data di tale pubblicazione.“

Vorherige Anmeldung eines Zusammenschlusses
(Sache COMP/M.5005 — Galp Energia/ExxonMobil Iberia)

(Text von Bedeutung für den EWR)

(2008/C 240/10)

1. Am 12. September 2008 ist die Anmeldung eines Zusammenschlusses nach Artikel 4 der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates ⁽¹⁾ bei der Kommission eingegangen. Danach ist Folgendes beabsichtigt: Das Unternehmen Galp Energia, SGPS, SA („Galp Energia“, Portugal), das der Unternehmensgruppe Galp Energia angehört und von Eni SpA („Eni“, Italien), Amorim Energia BV („Amorim“, Portugal) und Caixa Geral de Depósitos SA („CGD“, Portugal) kontrolliert wird, erwirbt im Sinne von Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe b der Verordnung durch Erwerb von Anteilen die Kontrolle über die Gesamtheit der Unternehmen Esso Portuguesa Lda. (Portugal) und Esso Española SL (Spanien) sowie eines Teils der ExxonMobil Petroleum & Chemical (Belgien), die zusammen „Esso Iberia“ bilden und hundertprozentige Tochtergesellschaften der ExxonMobil Corporation („ExxonMobil“, USA) sind.
2. Die beteiligten Unternehmen sind in folgenden Geschäftsbereichen tätig:
 - Galp Energia: Exploration und Produktion von Rohöl, Raffination und Vertrieb von Erdölprodukten,
 - Eni: vertikal integriertes Energieunternehmen,
 - Amorim: Energiedienstleistungen,
 - CGD: Bankdienstleistungen für Privat- und Firmenkunden, Investment-Banking und Vermögensverwaltung,
 - ExxonMobil: Exploration, Produktion und Verkauf von Rohöl und Erdgas, Raffination und Vertrieb von Erdölprodukten, Stromerzeugung,
 - Esso Iberia: Groß- und Einzelhandel mit Kraftstoffen, Düsenkraftstoff, Bitumen, Schmierstoffen und Spezialprodukten in Portugal und Spanien.
3. Die Kommission hat nach vorläufiger Prüfung festgestellt, dass das angemeldete Rechtsgeschäft unter die Verordnung (EG) Nr. 139/2004 fallen könnte. Die endgültige Entscheidung zu diesem Punkt behält sie sich vor.
4. Alle betroffenen Dritten können bei der Kommission zu diesem Vorhaben Stellung nehmen.

Die Stellungnahmen müssen bei der Kommission spätestens 10 Tage nach Veröffentlichung dieser Anmeldung eingehen. Sie können der Kommission unter Angabe des Aktenzeichens COMP/M.5005 — Galp Energia/ExxonMobil Iberia per Fax (Fax-Nr. (32-2) 296 43 01 oder 296 72 44) oder per Post an folgende Anschrift übermittelt werden:

Europäische Kommission
Generaldirektion Wettbewerb
Registratur Fusionskontrolle
J-70
B-1049 Brüssel

⁽¹⁾ ABl. L 24 vom 29.1.2004, S. 1.

Vorherige Anmeldung eines Zusammenschlusses**(Sache COMP/M.5520 — Eni/Distrigaz)****(Text von Bedeutung für den EWR)**

(2008/C 240/11)

1. Am 10. September 2008 ist die Anmeldung eines Zusammenschlusses nach Artikel 4 der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates ⁽¹⁾ bei der Kommission eingegangen. Danach ist Folgendes beabsichtigt: Das Unternehmen Eni SpA („Eni“, Italien) erwirbt im Sinne von Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe b der Verordnung durch Erwerb von Aktien die Kontrolle über die Gesamtheit des Unternehmens Distrigaz SA („Distrigaz“, Belgien), das dem Suez-Konzern („Suez“, Frankreich) angehört.

2. Die beteiligten Unternehmen sind in folgenden Geschäftsbereichen tätig:

- Eni: Das italienische Unternehmen ist in den Bereichen Exploration und Produktion, Lieferung, Transport, Vertrieb und Verkauf von Erdgas sowie Exploration und Produktion von Erdöl tätig,
- Distrigaz: Das belgische Unternehmen ist in Belgien, Frankreich, Deutschland, Luxemburg und den Niederlanden im Erdgasgeschäft tätig.

3. Die Kommission hat nach vorläufiger Prüfung festgestellt, dass das angemeldete Rechtsgeschäft unter die Verordnung (EG) Nr. 139/2004 fallen könnte. Die endgültige Entscheidung zu diesem Punkt behält sie sich vor.

4. Alle betroffenen Dritten können bei der Kommission zu diesem Vorhaben Stellung nehmen.

Die Stellungnahmen müssen bei der Kommission spätestens 10 Tage nach Veröffentlichung dieser Anmeldung eingehen. Sie können der Kommission unter Angabe des Aktenzeichens COMP/M.5220 — Eni/Distrigaz per Fax (Fax-Nr. (32-2) 296 43 01 oder 296 72 44) oder per Post an folgende Anschrift übermittelt werden:

Europäische Kommission
Generaldirektion Wettbewerb
Registratur Fusionskontrolle
J-70
B-1049 Brüssel

(¹) ABl. L 24 vom 29.1.2004, S. 1.

HINWEIS FÜR DEN LESER

Nach entsprechendem Beschluss der Organe entfällt künftig der Hinweis auf die letzte Änderung der zitierten Rechtsakte.

Sofern nicht anders angegeben, beziehen sich in den hier veröffentlichten Texten Verweise auf Rechtsakte auf die jeweils geltende Fassung der Rechtsakte.